

VORWORT DES VORSTANDES

Liebe Kunden, sehr geehrte Geschäftspartner,

das Geschäftsjahr 2012 war nach wie vor geprägt von der europäischen Staatsschuldenkrise. Die Notenbanken hielten die Zinsen niedrig, um den Auswirkungen der Finanzkrise entgegenzuwirken.

Für unsere Kunden bedeutete diese Entwicklung Herausforderungen und Chancen zugleich. Herausforderungen ergaben sich vor allem für unsere Anlagekunden. Extrem niedrige Zinsen, bei sicheren Geldanlagen unterhalb der Inflationsrate, führten zu einer negativen Realverzinsung, so dass langfristig die Geldvermögen an Wert verlieren. Chancen ergaben sich hingegen für Investitionen, die durch günstige Kreditzinsen positiv unterstützt wurden. Unternehmen und private Haushalte nutzten dies u. a. für energetische Sanierungen von Immobilien. Von dieser Investitionsbereitschaft profitierten auch die heimischen Betriebe und wir als Sparkasse partizipierten mit einem lebhaften Kreditgeschäft. Insgesamt blicken wir auf ein gutes Geschäftsjahr 2012 zurück. Neben prosperierendem Kreditgeschäft konnten wir auch im Einlagen- und Wertpapiergeschäft mit Privat- und Firmenkunden unsere Marktführerschaft behaupten.

Unser Erfolg basiert auf unserer regional ausgerichteten Geschäftspolitik, die sich am Bedarf unserer Kunden vor Ort orientiert. Mit unserem flächendeckenden Geschäftsstellennetz stehen wir überall in enger Verbindung mit den Menschen und Firmen in unserer Stadt.

Anders als bei weltweit tätigen Finanzinstituten fließen die Einlagen unserer Kunden nicht in internationale Finanzmärkte, sondern in den Wirtschaftskreislauf der Stadt und der Region. Die im Wettbewerb erwirtschafteten Überschüsse bilden die Grundlage unseres Engagements vor Ort.

Für uns ist „Nachhaltigkeit“ und das damit verbundene langfristige Denken kein neuer Gedanke, sondern eine seit mehr als 170 Jahre gelebte Tradition.

Wir sind tief in unserer Stadt verwurzelt, kennen unsere Kunden und stehen mit ihnen im regelmäßigen persönlichen Austausch. Unsere ganzheitliche Beratung orientiert sich an den Wünschen und Zielen unserer Kunden. Gesellschaftliche Verantwortung nehmen wir aus vollster Überzeugung wahr. Im Jahr 2012 hat die Sparkasse insgesamt mehr als 1,6 Mio. Euro an Spenden, Ausschüttung, PS-Zweckertrag und Sponsoring zur Verfügung gestellt. Diese tragen dazu bei, die Lebensqualität in unserer Stadt zu verbessern.

Die Sparkasse ist gut aufgestellt - auch für künftige Herausforderungen. Diese ergeben sich einerseits aus dem Wettbewerb mit alten und neuen Wettbewerbern, aber auch aus zahlreichen regulatorischen Eingriffen in Folge der Finanzkrise. Der zunehmende Wettbewerb drückt auf die Erträge und die zunehmende Regulierung (Stichworte: Basel III, Mitarbeiteranzeigerverordnung, Beratungsprotokoll oder MiFID) verursacht Aufwand und Kosten. Wir werden die Alleinstellungsmerkmale der Sparkasse - wie die Kundennähe und die hohe Beratungsqualität - konsequent auf die Veränderungen des Kundenverhaltens anpassen. Unser Ziel ist es, bestehende Wachstumspotenziale zu nutzen und gleichzeitig die erforderlichen Effizienzpotenziale zu realisieren.

Gerade die Finanzkrise hat gezeigt, wie unverzichtbar eine Sparkasse vor Ort ist. Sie ist ein verlässlicher Partner der mittelständischen Wirtschaft und der Bürgerinnen und Bürger unserer Stadt. Diesem Anspruch werden wir auch in Zukunft gerecht werden. Getreu dem Motto: Stadt-Sparkasse Solingen – Gut für Solingen.

In diesem Sinne danken wir Ihnen für Ihr Vertrauen, dem Verwaltungsrat für die gute und vertrauensvolle Zusammenarbeit und unseren Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern für ihr Engagement.

Stefan Grunwald
(Vorstandsvorsitzender)

Manfred Kartenberg
(Vorstandsmitglied)

Detlef Wagner
(Stellv. Vorstandsmitglied)

INHALTSÜBERSICHT

	Seite
Vorwort des Vorstandes	1
Lagebericht 2012	3
A. Darstellung und Analyse des Geschäftsverlaufs einschließlich des Geschäftsergebnisses und der Lage	3
B. Nachtragsbericht	11
C. Risikoberichterstattung	12
D. Prognosebericht	15
Bericht des Verwaltungsrates	18
Jahresabschluss zum 31. Dezember 2012	19
Jahresbilanz	20
Gewinn- und Verlustrechnung	22
Anhang zum Jahresabschluss 2012	23
Bilanzierungs- und Bewertungsmethoden	23
Erläuterungen zur Bilanz	27
Mitarbeiter/-innen	37
Verwaltungsrat	38
Vorstand	38
Bestätigungsvermerk des Abschlussprüfers	41
Impressum	42

A. Darstellung und Analyse des Geschäftsverlaufs einschließlich des Geschäftsergebnisses und der Lage

1. Geschäft und Rahmenbedingungen

1.1 Gesamtwirtschaftliche Rahmenbedingungen

Weltwirtschaft mit verringertem Tempo, Euroraum in Rezession

Das Wachstumstempo der Weltwirtschaft hat sich 2012 verringert. Auch die zuvor sehr dynamischen Schwellenländer haben einen Gang zurückgeschaltet. Die Vereinigten Staaten konnten im abgelaufenen Jahr zwar ein Wachstum von über zwei Prozent erreichen, doch verdanken sie dies vor allem der immer noch starken Stimulanz aus ihrer Geld- und Finanzpolitik. Japan konnte zunächst ein Jahr nach den Naturkatastrophen mit hoher Produktion ins Jahr 2012 starten, fiel dann aber nach Auslaufen der Wiederaufbau- und Nachholeffekte wieder zurück.

Weite Teile Europas, so auch Teile des Euroraums, sind in eine neuerliche Rezession geraten; hierfür zeichnen vor allem die bekannten südlichen Krisenländer Italien, Spanien, Griechenland und Portugal verantwortlich. Die Wirtschaft Frankreichs setzte ihre Stagnation fort.

Deutsche Wirtschaft recht zufriedenstellend

Die deutsche Wirtschaft startete dagegen zunächst noch kraftvoll in das Jahr 2012. Seit dem Sommer 2012 zeigten sich dann aber doch erneut Bremsspuren aus der Schwäche wichtiger Partnerländer und aus der krisenbedingten Verunsicherung. Insgesamt konnte das reale Bruttoinlandsprodukt Deutschlands nach der ersten Schätzung des Statistischen Bundesamts 2012 mit einem Plus von 0,7 % abschließen. Das ist zwar deutlich weniger als in den starken Erholungsjahren 2010 und 2011 mit seinerzeit 4,2 % respektive 3,0 %. Doch ist auch der 2012er Wert im internationalen Vergleich recht zufriedenstellend. Kalenderbereinigt um den Effekt der arbeitnehmerfreundlichen Lage der Feiertage im Jahr 2012 ist das Jahreswachstum um zwei Promillepunkte höher auf 0,9 % zu beziffern.

...mit Schwäche zum Jahresende

Anders als die Gesamtjahreszahlen weckt die Entwicklung im Schlussquartal allerdings einige Bedenken. Inoffizielle Daten des Statistischen Bundesamts lassen bereits erkennen, dass der saisonbereinigte Rückgang vom dritten zum vierten Quartal rund ein halbes Prozent betragen haben dürfte. Darauf deuteten ohnehin schon viele Indizien hin, etwa eine schwache Industrieproduktion im Oktober und im November. Auch die Exporttätigkeit ließ in den letzten Monaten des Jahrs nach. Im ersten Halbjahr war es dagegen noch lange gelungen, die Nachfrageschwäche in den europäischen Partnerländern durch Absatzerfolge auf außereuropäischen Märkten zu kompensieren. Insgesamt legte der Export als Komponente des BIP 2012 um 4,1 % zu. Die Importe weiteten sich zwar ebenfalls aus, aber mit einer Rate von 2,3 % so deutlich weniger, dass der Außenbeitrag einmal mehr den entscheidenden Wachstumsanteil beisteuerte.

Die deutsche Binnennachfrage selbst schrumpfte 2012 real sogar um 0,3 %, allerdings mit unterschiedlichen Teilentwicklungen: Der private Konsum (real +0,8 %) und der Wohnungsbau waren durchaus Träger von Wachstum. Beide profitierten von der guten Beschäftigungslage und der anziehenden Einkommensentwicklung. Beim Wohnungsbau kamen die günstigen Finanzierungsbedingungen bzw. der Anlagedruck im Angesicht der Niedrigzinsphase dazu.

Enttäuschende Investitionen

Andere Kategorien des Baus - der nach dem Auslaufen der Konjunkturprogramme wieder geschrumpfte öffentliche Bau und der Wirtschaftsbau - waren dagegen schwach. Der Wirtschaftsbau geht Hand in Hand mit den ebenfalls sehr enttäuschenden Ausrüstungsinvestitionen. Diese waren 2012 real um 4,4 % rückläufig. Alle Anlageinvestitionen zusammen verringerten sich um 2,1 %. Offensichtlich hat das Volumen der Unternehmensinvestitionen noch nicht von den günstigen Finanzierungsbedingungen profitieren können. Dominanter Faktor für die langfristigen

Dispositionen der Unternehmen war 2012 die Verunsicherung über den weiteren Krisenfortgang.

Arbeitsmarkt schwenkt auf gutem Niveau in Seitwärtsbewegung ein

Trotz der Vorsicht bei den Investitionen wurden die Belegschaften 2012 in den meisten Unternehmen aber gehalten. Angesichts der demographischen Perspektiven und dem in vielen Qualifikationen bereits knappen Angebot auf dem Arbeitsmarkt, bauen die Unternehmen hier für wieder bessere Zeiten vor - ein Verhalten, das bereits aus der großen Rezession 2008/2009 bekannt ist. Im Jahresdurchschnitt wurden in Deutschland trotz einiger prominenter Insolvenzfälle insgesamt sogar noch einmal neue Beschäftigungsrekorde aufgestellt. Noch nie zuvor waren hierzulande so viele Menschen erwerbstätig wie 2012 mit 41,6 Mio. Das waren noch einmal 422 Tsd. mehr als im Vorjahr. Im Jahresverlauf schwenkte die Entwicklung aber in eine Seitwärtsbewegung ein. In den letzten Monaten des Jahrs stieg die Zahl der Arbeitslosen saisonbereinigt sogar leicht an, ist aber im langfristigen Vergleich und auch mit Blick auf die teils dramatische Lage in anderen europäischen Ländern immer noch als gut zu bezeichnen. Die Ertragslage und die preisliche Wettbewerbsfähigkeit der deutschen Unternehmen sind ebenfalls weiterhin gut.

Preisentwicklung im grünen Bereich

Die Verbraucherpreise sind 2012 in Deutschland um 2,0 % gestiegen. Energie- und andere Rohstoffpreise bewegen sich zwar weiter auf dem schon längere Zeit hohen Niveau, doch neuerliche Spitzen waren 2012 nicht zu verzeichnen. Der einstweilen geminderte Preisdruck von der Rohstoffseite ist auch mit der bei schwacher Weltkonjunktur gedrückten Nachfrage zu erklären.

Finanz- und Geldpolitik von Krisenmodus geprägt

Die Wirtschaftspolitik stand 2012 ein weiteres Jahr im Zeichen der Krisenbekämpfung. Im laufenden Defizit hat Deutschland auf gesamtstaatlicher Ebene den Budgetausgleich erreicht, vor allem wegen der Überschüsse in den Sozialversicherungen. Der Gesamtstaat erzielte einen kleinen Positivsaldo in Höhe von 2,2 Mrd. Euro oder 0,1 % des BIP. Der Bruttoschuldenstand der deutschen Staatsverschuldung ist dennoch weiter gestiegen, am Jahresende auf eine Quote in Bezug auf das BIP in Höhe von 81,7 % nach 80,5 % ein Jahr zuvor. In dem Anstieg spiegeln sich die neuerlichen Stützungsprogramme für Griechenland und die im Rahmen des Europäischen Stabilitätsmechanismus (ESM) übernommenen Verpflichtungen Deutschlands wider. In der Geldpolitik liefen die in der Krisenbekämpfung etablierten Sonderinstrumente weiter, insbesondere die Vollzuteilung bei den Tenderoperationen der Europäischen Zentralbank (EZB), die Ende 2011 gesenkten Mindestreserveanforderungen und die beiden kurz vor bzw. kurz nach dem Jahreswechsel 2011/2012 etablierten Dreijahrestender. Diese Maßnahmen konnten die Geld- und Kapitalmärkte in der ersten Jahreshälfte 2012 zunächst beruhigen. Im Frühjahr kam es dann allerdings zu neuerlichen Zuspitzungen und die Renditen für ausstehende Staatsanleihen der großen Länder Italien und Spanien begannen erneut nach oben auszubrechen. Darauf und auf die sich in diesen Ländern abzeichnende Anpassungsrezession reagierte die EZB im Juli mit einer weiteren Leitzinssenkung. Diese führte die Hauptrefinanzierungsgeschäfte auf einen Satz von 0,75 %, die Verzinsung der Einlagenfazilität sogar völlig auf Null.

Die wirtschaftliche Entwicklung in der Region

Die bergische Wirtschaft berichtet zum Jahresbeginn 2013 über eine gute konjunkturelle Lage. Der Geschäftslageindex, das ist die Differenz der Antworten "gut" und "schlecht", hat sich von plus 32 im Herbst auf plus 36 verbessert. Die regionale Konjunktur erweist sich damit als erstaunlich robust und besser als von vielen Unternehmen im Herbst erwartet worden war. Die regionale Industrie hält sich auf einem hohen und guten Niveau mit einem Umsatzwachstum von 5 % im letzten Jahr. Die Stimmung im Einzelhandel dagegen ist gedämpft, wobei Betriebe mit einer höheren Beschäftigtenzahl ihre Lage positiver einschätzen als kleinere Händler. Insgesamt planen die Unternehmen, ihre Investitionen wieder etwas auszuweiten. Trotz steigender Umsätze rechnen aber auch 38 % der Unternehmen mit weiterem Kostendruck und fallenden Betriebsergebnissen. Die Arbeitslosenquote

betrug in Solingen im September 2012 8,6 %. Dies liegt zwar über dem Landesdurchschnitt von 7,9 %, aber deutlich unter dem Wert des IHK-Bezirks mit 10,6 %.

1.2 Berichterstattung über die Branchensituation

Im Rahmen der Bekämpfung der andauernden Staatsschuldenkrise hat die im Herbst erfolgte Ankündigung der EZB, bei Bedarf unter einem neuen, prinzipiell unbegrenzten Programm Staatsanleihen zu kaufen (OMT - Outright Monetary Operations), zu großen Kontroversen geführt. Umstritten ist, inwieweit eine solche Aktion noch vom Mandat der EZB gedeckt ist, da sie damit ihre Unabhängigkeit gefährden könnte. Andererseits war die Ankündigung geeignet, in einer kritischen Phase die Märkte zu beruhigen und von der Erwartung des Auseinanderbrechens der Währungsunion aufgeblähte Risikoprämien zu reduzieren. Bisher hält das vor dem Hintergrund der Ankündigung erreichte neue Gleichgewicht. Tatsächlich gekauft hat die EZB 2012 im Gegensatz zu den Programmen der Jahre 2010 und 2011 gar keine weiteren Staatsanleihen.

In diesem Umfeld verzeichneten die rheinischen Sparkassen im Jahr 2012 eine insgesamt zufriedenstellende Geschäftsentwicklung. Das Kreditgeschäft mit Kunden konnte weiter ausgebaut werden, vor allem im Firmenkundengeschäft und im privaten Wohnungsbau. Trotz schwieriger Rahmenbedingungen – extrem niedriges Zinsniveau und aggressive Konditionenpolitik einiger Wettbewerber – erhöhte sich auch der Bestand der Kundeneinlagen. Die seit einigen Jahren zu beobachtenden Verschiebungen in der Einlagenstruktur zu Gunsten liquider Einlagenformen setzten sich auch im Berichtsjahr fort. Der Mittelzufluss bei täglich fälligen Einlagen hielt unvermindert an. Diese Entwicklung ging zu Lasten aller übrigen Einlagenformen. Insgesamt haben die inländischen Privatpersonen in 2012 zusätzliche Geldvermögen gebildet. Hier wurden negative Nettoumsätze in allen Wertpapiergattungen durch Bestandszuwächse in bilanzwirksamen Kundeneinlagen kompensiert.

Mit dem 01.01.2013 ist die aktuell vierte Novelle der Mindestanforderungen an das Risikomanagement (MaRisk) in Kraft getreten. Die Aufsicht räumt für die materiellen Neuerungen einen Umsetzungszeitraum bis zum 31.12.2013 ein. In der Novelle wurden die regulatorischen Rahmenbedingungen weiter angepasst und um ergänzende Anforderungen erweitert.

Die als Folge der Finanzmarktkrise vom Baseler Ausschuss für Bankenaufsicht beschlossene deutliche Verschärfung der global geltenden Eigenkapital- und Liquiditätsstandards (Basel III) konnte in 2012 noch nicht in europäisches Recht überführt werden. Mit der Umsetzung wird in 2013 gerechnet. Die dann wahrscheinlich ab 01.01.2014 direkt anwendbare EU-Verordnung sieht u. a. eine strengere Eigenkapitaldefinition, deutlich höhere Mindestkapitalquoten sowie die Einführung von Kapitalpuffern vor. Auch wenn zur Zeit noch nicht alle Detailfragen auf europäischer Ebene geklärt sind, geht die Stadt-Sparkasse Solingen aufgrund ihrer strategischen Ausrichtung davon aus, die geforderten Eigenkapitalquoten erfüllen zu können.

1.3 Rechtliche Rahmenbedingungen der Stadt-Sparkasse Solingen

Rechtsnatur

Die Stadt-Sparkasse Solingen ist eine rechtsfähige Anstalt des öffentlichen Rechts.

Träger

Träger der Stadt-Sparkasse Solingen ist die Stadt Solingen; sie war früher verpflichtet, für die Stadt-Sparkasse Solingen und die bei ihr eingeleigten Kundengelder finanziell einzustehen. Diese Verpflichtung gegenüber der Sparkasse wird als "Anstaltslast" bezeichnet, die unmittelbare Verpflichtung gegenüber den Kunden als "Gewährträgerhaftung". Im Juli 2005 hat sich die Rechtslage diesbezüglich geändert.

Die Anstaltslast wurde am 19.07.2005 durch eine normale Eigentümerbeziehung nach marktwirtschaftlichen Grundsätzen, ähnlich denen eines privaten Anteilseigners und einer Gesellschaft mit beschränkter Haftung, ersetzt.

Die Gewährträgerhaftung läuft nach einem gestaffelten Zeitplan aus bzw. wurde abgeschafft. Die Übergangsregelung sieht vor, dass die bis zum 18.07.2001 begründeten Verbindlichkeiten des Instituts bis zum Ende ihrer Laufzeit, also ohne

Sicherungseinrichtungen	<p>zeitliche Beschränkung, von der Haftung des Gewährträgers gedeckt werden. Die in der Übergangsphase vom 19.07.2001 bis zum 18.07.2005 begründeten Verbindlichkeiten werden bis zum 31.12.2015 von der Gewährträgerhaftung umfasst, sofern die Laufzeit dieser Verbindlichkeiten nicht über den 31.12.2015 hinausreicht. Die nach dem 18.07.2005 begründeten Verbindlichkeiten des Instituts unterliegen nicht mehr der Gewährträgerhaftung.</p> <p>Die Sicherung der Institute erfolgt durch den Haftungsverbund der Sparkassen-Finanzgruppe, der gegenüber jedem Sparkassenkunden einer unbegrenzten Haftungsverpflichtung unterliegt. Alle Sparkassen, Landesbanken und Landesbausparkassen sind dem leistungsfähigen Sicherungssystem der Sparkassen-Finanzgruppe angeschlossen. Es besteht aus drei Elementen, die in einer Haftungsgemeinschaft miteinander verbunden sind:</p> <ul style="list-style-type: none"> - den Sparkassenstützungsfonds der regionalen Sparkassen- und Giroverbände, - der Sicherungsreserve der Landesbanken/Girozentralen und - dem Sicherungsfonds der Landesbausparkassen. <p>Alle Sicherungsfonds sind in einem bundesweiten Haftungsverbund zusammengeschlossen. In einem Krisenfall steht dadurch das Gesamtvolumen aller Fonds für institutssichernde Maßnahmen zur Verfügung.</p> <p>Die Deutsche Bundesbank betont, dass die Institutssicherung der Sparkassen und anderer Verbundgruppen ein wesentliches Element der Stabilität des deutschen Bankenmarkts ist.</p>
Girozentrale	<p>Der Verwaltungsrat und die Trägerversammlung der Landesbank Hessen-Thüringen Girozentrale (Helaba) haben am 29.06.2012 der Übernahme des Sparkassen-zentralbankgeschäfts der WestLB durch die Helaba zugestimmt.</p> <p>Die Helaba ist ab 01.07.2012 Sparkassenzentralbank auch der Sparkassen in Nordrhein-Westfalen. Größter Anteilseigner ist mit 68,85 % der Sparkassen- und Giroverband Hessen-Thüringen. Die Sparkassen in Nordrhein-Westfalen sind über den Rheinischen Sparkassen- und Giroverband mit 4,75 % an der Helaba beteiligt.</p> <p>Die Landesbank Hessen-Thüringen Girozentrale ist eine mündelsichere, rechtsfähige Anstalt des öffentlichen Rechts mit Sitz in Frankfurt am Main und in Erfurt. Als Sparkassenzentralbank verwaltet sie insbesondere die Liquiditätsmittel der Sparkassen in Hessen, Thüringen und Nordrhein-Westfalen durch eine geeignete Anlagepolitik und stellt den Sparkassen angemessene Liquiditätskredite bereit.</p>
Grundlagen der Geschäftstätigkeit	<p>Die Stadt-Sparkasse Solingen betreibt alle banküblichen Geschäfte (insbesondere Kreditgeschäft, Kontoführung, Einlagengeschäft, Wertpapier- und Depotgeschäft, Zahlungsverkehr u. Ä.) auf der Grundlage ihrer Satzung und der Sparkassengesetzgebung für NRW.</p>
Unternehmenszweck, öffentlicher Auftrag	<p>Die Stadt-Sparkasse Solingen ist ein Wirtschaftsunternehmen unter der Trägerschaft der Stadt Solingen mit der Aufgabe, der geld- und kreditwirtschaftlichen Versorgung der Bevölkerung und der Wirtschaft insbesondere des Geschäftsgebiets und ihres Trägers zu dienen.</p> <p>Entsprechend ihres öffentlichen Auftrags stärkt sie den Wettbewerb im Kreditgewerbe. Sie fördert die finanzielle Eigenvorsorge und Selbstverantwortung vornehmlich bei der Jugend, aber auch in allen sonstigen Altersgruppen und Strukturen der Bevölkerung. Die Stadt-Sparkasse Solingen trägt zur Finanzierung der Schuldnerberatung in Verbraucher- oder Schuldnerberatungsstellen bei. Die Kreditversorgung dient - entsprechend dem gesetzlichen Auftrag - vornehmlich der Kreditausstattung des Mittelstands sowie der wirtschaftlich schwächeren Bevölkerungskreise.</p> <p>Die Geschäfte der Stadt-Sparkasse Solingen sind unter Beachtung ihres öffentlichen Auftrags nach kaufmännischen Grundsätzen zu führen. Die Erzielung von Gewinn ist nicht der Hauptzweck des Geschäftsbetriebs.</p>
Regionalprinzip	<p>Die regionale Verankerung und die geschäftspolitische Grundorientierung der Sparkassen, insbesondere der Stadt-Sparkasse Solingen, bleiben unverändert. Die Institute werden sich weiterhin am Gemeinwohl orientieren und ihre flächendeck-</p>

kende Präsenz erhalten. Mit ihrer ganzen Kraft können und werden sie sich wie bisher für den privaten Kunden und den gewerblichen Mittelstand vor Ort sowie die Regionen einsetzen. Auch künftig stellen sie in ihrem Geschäftsgebiet die kreditwirtschaftliche Versorgung für alle Gruppen der Bevölkerung sicher.

1.4 Darstellung der Geschäftsentwicklung

Die Geschäftsentwicklung der Stadt-Sparkasse Solingen zeigte im Jahr 2012 einen insgesamt positiven Verlauf. Wie im Vorjahr prognostiziert, stieg das Kreditgeschäft in 2012 an, und zwar um 15 Mio. Euro. Die Kunden nutzten das niedrige Zinsniveau vor allem im Bereich des Wohnungsbaus. Im gewerblichen Bereich nahm der Darlehensbestand entgegen unserer Erwartung um rund 8 Mio. Euro ab, da die Unternehmen eine gewisse Zurückhaltung bei Investitionskrediten zeigten.

Bei den Kundeneinlagen setzte sich – wie erwartet – die Tendenz fort, das Geld in liquiden Anlageformen anzulegen. Die täglich fälligen Verbindlichkeiten gegenüber Kunden stiegen in 2012 um rund 53 Mio. Euro. Die Verbindlichkeiten aus Spareinlagen hingegen nehmen immer weiter ab, eine Anlage in befristeten Produkten hängt sehr stark von der Höhe der Verzinsung ab. Auch das Misstrauen gegenüber einer Anlage im Wertpapierbereich ist weiterhin sehr ausgeprägt. Die Geldvermögensbildung unserer Kunden in diesem Bereich nahm im Jahr 2012 um fast 22 Mio. Euro ab.

Für 2012 hatten wir eine leichte Ausweitung der Bilanzsumme prognostiziert. Hauptsächlich durch eine Verringerung unserer Geschäfte im Interbankenbereich ging die Bilanzsumme insgesamt um rd. 24 Mio. Euro zurück.

Aufgrund der guten Ertragslage, die wir unter Punkt 2.1 erläutern, konnte erneut Vorsorge für die besonderen Risiken im Bankgewerbe getroffen werden.

Bilanzwirksames Geschäft

	2012 Mio. Euro	2011 Mio. Euro	Veränderung in Mio. Euro	Veränderung in %
Bilanzsumme	2.074	2.098	-24	-1,1
Kreditgeschäft (insgesamt)	1.444	1.429	15	1,0
Eigeneinlagen				
- Schuldverschreibungen und andere festverz. Wertpapiere	329	345	-16	-4,6
- Aktien und andere nicht festverz. Wertpapier ¹⁾	169	171	-2	-1,2
Einlagen von Kunden	1.591	1.583	8	0,5
- Spareinlagen	599	652	-53	-8,1
- Andere Verbindlichkeiten	992	931	61	6,6
Inhaberschuldverschreibungen	22	43	-21	-48,8
Sicherheitsrücklage (einschl. Bilanzgewinn)	139	136	3	2,2
Fonds f. allg. Bankrisiken (nach § 340g HGB) ²⁾	34	17	17	
¹⁾ einschl. Handelsbestand				
²⁾ davon Ansparung für Erste Abwicklungsanstalt (EAA): insg. 4,9 Mio. Euro (Vorjahr 3,7 Mio. Euro)				

2. Ertrags-, Finanz- und Vermögenslage

2.1 Ertragslage

Die Ertragslage war in 2012 gut.

Zwar ging unser Zinsergebnis – anders als prognostiziert – deutlich auf 50,1 Mio. Euro zurück. Dies lag im Wesentlichen an einem Sondereffekt: Im Rahmen der Steuerung unserer zinstragenden Positionen haben wir Änderungen in der Absicherung vorgenommen, die zu einem außerordentlichen Aufwand von rund 8 Mio. Euro geführt haben.

Wie erwartet konnten wir Provisionen erwirtschaften, die fast das Vorjahresniveau erreichten.

Außergewöhnliche Erhöhungen ergaben sich im Bereich der sonstigen betrieblichen Aufwendungen und Erträge.

Der Rheinische Sparkassen- und Giroverband (RSGV) hat zur Deckung der Verbandskosten eine Sonderumlage gemäß § 20 Abs. 1 der Satzung des RSGV erhoben. Auf die Sparkasse entfällt anteilig ein Betrag in Höhe von 1,3 Mio. Euro, den wir in der Gewinn- und Verlustrechnung unter Posten 12 - sonstige betriebliche Aufwendungen - ausgewiesen haben. Gleichzeitig enthalten sowohl die sonstigen betrieblichen Erträge als auch die sonstigen betrieblichen Aufwendungen einen durchlaufenden Posten in Höhe von ca. 0,5 Mio. Euro. Es handelt sich hier um eine erhaltene Dividende aus einem Anteilsbesitz im Umlaufvermögen, die wegen vertraglicher Vorschriften noch an den alten Anteilseigner abgeführt werden musste.

Aufgrund höherer Kurse zum Jahresende ergaben sich Zuschreibungen auf unseren Wertpapierbestand mit entsprechend positiven Auswirkungen auf unser Jahresergebnis. Im Wertpapierhandel konnten wir während des Jahrs deutliche Erfolge erzielen.

Wie im Vorjahr haben wir zur Bewertung der Wertpapiere und Finanzinstrumente des Handelsbestands untersucht, ob zum Bilanzstichtag ein aktiver Markt besteht oder der Markt als inaktiv anzusehen ist. Dabei haben wir die Marktverhältnisse in enger zeitlicher Umgebung zum Bilanzstichtag einbezogen. Einen aktiven Markt haben wir unterstellt, wenn Marktpreise von einer Börse, einem Händler oder einer Preis-Service-Agentur leicht und regelmäßig erhältlich sind und auf aktuellen und regelmäßig auftretenden Markttransaktionen beruhen. Aktive Märkte haben wir im Wesentlichen für börsennotierte Aktien und für Investmentfondsanteile festgestellt. Für an einem aktiven Markt gehandelte Wertpapiere wurde der Markt- bzw. Börsenpreis zum Abschlussstichtag als beizulegender Zeitwert verwendet. Für Investmentfondsanteile haben wir als beizulegenden (Zeit-) Wert den investimentrechtlichen Rücknahmepreis angesetzt.

Für Teile unseres zinsbezogenen Wertpapierbestands waren die Märkte zum Bilanzstichtag als nicht aktiv anzusehen. Dies ist hauptsächlich der Fall, weil wir Schuldverschreibungen im außerbörslichen Interbankenhandel erwerben. Das Emissionsvolumen dieser Wertpapiere wird in der Regel bei wenigen institutionellen Anlegern platziert. Daher haben wir für diese Wertpapiere die von den Marktteilnehmern veröffentlichten indikativen Kurse verwendet.

Bei zwei Kapitalmarktfloatern, die als strukturierte Finanzinstrumente nach IDW RS HFA 22 zu beurteilen sind, haben wir die indikativen Kurse durch modellbasierte Bewertungen mit Hilfe des Discounted Cashflow Verfahrens (DCF-Modell) plausibilisiert.

Für eine Anleihe erfolgte eine modellbasierte Bewertung mit Hilfe des DCF-Modells. Der aus dem Wertpapier nach den vertraglichen Vereinbarungen erwartete Cashflow wurde dabei mit einem geeigneten Zins abgezinst. Der Diskontierungszins setzt sich aus einem Basiszins und einem Risikozuschlag (Spread) zusammen. Für die Bestimmung der Parameter haben wir vorrangig am Markt beobachtbare Werte verwendet. Als Basiszins diente die aus dem Interbankenhandel abgeleitete "Swap-Kurve"; der Spread wurde mit Hilfe von Marktinformationen der Agentur Reuters, die mit Veröffentlichungen weiterer Marktteilnehmer plausibilisiert wurden, ermittelt.

Die unternehmensindividuelle Festsetzung wesentlicher Bewertungsparameter ist mit Ermessensentscheidungen verbunden, die - trotz sachgerechter Ermessen-

sausübung - im Vergleich mit aktiven Märkten zu deutlich höheren Schätzunsicherheiten führen.

Ein weiterer positiver Effekt auf das Bewertungsergebnis lag in der Tatsache begründet, dass sich im Bereich der notleidenden Kredite Risiken verringert haben, so dass nicht mehr benötigte Einzelwertberichtigungen aufgelöst werden konnten. Insgesamt war es uns möglich, für das Geschäftsjahr 2012 eine zusätzliche Risikovorsorge in Höhe von 17,4 Mio. Euro durch die Dotierung des Fonds für allgemeine Bankrisiken nach § 340g HGB zu treffen (davon Ansparung für Erste Abwicklungsanstalt (EAA) 1,2 Mio. Euro, sowie 0,3 Mio. Euro Zuführung gem. § 340 e Abs. 4 HGB).

Der Jahresüberschuss von rund 4 Mio. Euro lag leicht über dem Vorjahreswert.

	GuV-Pos.	2012 TEuro	2011 TEuro	Veränderung TEuro	Veränderung in %
Zinsergebnis	1, 2, 3, 4	50.070	59.616	-9.546	-16,0
Provisionsergebnis	5, 6	13.738	14.290	-552	-3,9
Nettoergebnis aus Handelsgeschäften ¹⁾	7	1.329	-1.264	2.593	
Sonstige betriebliche Erträge	8	6.242	5.627	615	10,9
Gesamterträge		71.379	78.269	-6.890	-8,8
Verwaltungsaufwand	10	46.646	43.891	2.755	6,3
AfA auf immat. Anl.- werte u. Sachanlagen	11	1.779	1.896	-177	-6,2
Sonstige betriebliche Aufwendungen	12	5.346	3.563	1.783	50,0
Ergebnis vor Bewertung		17.608	28.919	-11.311	-39,1
Bewertungsergebnis (saldiert, Ertrag)	13-16	12.257	0	12.257	
Bewertungsergebnis (saldiert, Aufwand)	13-16	0	7.075	-7.075	
Zuführung zum Fonds für allg. Bankrisiken	18	17.100	8.500	8.600	
Steuern	23, 24	8.734	9.383	-649	-6,9
Jahresüberschuss		4.031	3.961	70	1,8

1) Das Nettoergebnis 2012 versteht sich nach Kürzung der Zuführung zum Fonds für allgem. Bankrisiken gem. § 340 e Abs. 4 HGB um 347 Tsd. Euro.

Kennziffer:

	2012	2011
Aufwands-/Ertragsrelation*	73,3	61,3

(Wert bereinigt um Sondereffekt im Rahmen der
Steuerung von zinstragenden Positionen)

*Verwaltungsaufwand und AfA auf immat. Anlagewerte u. Sachanlagen in % zu (Zinsergebnis + Provisions-
ergebnis + Nettoergebnis aus Handelsgeschäften + sonst. betriebliche Erträge - sonstige betriebliche
Aufwendungen)

2.2 Finanzlage

Die Zahlungsbereitschaft der Stadt-Sparkasse Solingen war im Jahr 2012 jederzeit gegeben. Liquiditätskredite bei Kreditinstituten wurden zurückhaltend in Anspruch genommen. Gemäß der Liquiditätsverordnung (LiqV) wird die Liquidität als ausreichend bewertet, wenn die in einem Monat zur Verfügung stehenden Zahlungsmittel die während dieses Zeitraums zu erwartenden Zahlungsabflüsse decken. Die so errechnete Liquiditätskennzahl muss mindestens 1,0 betragen. Diese Relation betrug zum Ende des Vorjahrs 2,23. Die Mindestkennzahl wurde weder im Laufe des Jahres 2012 noch zum Bilanzstichtag (2,66) unterschritten.

2.3 Vermögenslage

Die Bewertung der Aktiva und Passiva entspricht den gesetzlichen Bestimmungen. Alle Vermögensgegenstände wurden vorsichtig bewertet. Bei der Bemessung der Wertberichtigungen und Rückstellungen ist allen erkennbaren Risiken in ausreichendem Maße Rechnung getragen worden. Der gesamte Wertpapierbestand wurde wie folgt bewertet:

Art der Anlage	Buchwerte Mio. Euro	Aktiver Markt	Grundlage für die Bewertung
Aktiva 5			
Umlaufvermögen			
Staatsanleihe Eurozone	5,0	Ja	Marktpreis
Wertpapiere inländ. öffentlicher Emittenten	35,0	Ja	Marktpreis
Festverzinsliche gedeckte Wertpapiere	10,0	nein	Indikativer Preis
Festverzinsliche sonstige Wertpapiere	137,0	nein	Indikativer Preis
Variabel verzinsliche Kapitalmarktfloater	34,1	nein	Indikativer Preis
Variabel verzinsliche sonstige Wertpapiere	99,1	nein	Indikativer Preis
Wertpapier aus Bewertungseinheit	4,2	nein	Bewertungsmodell
Zurückgekaufte eigene IHS	1,1	ja	Marktpreis
Aktiva 6			
Umlaufvermögen			
Spezialfondsanteile	61,1	ja	Rücknahmewert gem. InvG
Publikumsfondsanteile	37,1	ja	Rücknahmewert gem. InvG
Anlagevermögen			
Aktien	0,4	ja	Börsen-/Marktpreis
Spezialfondsanteile	67,4	ja	Rücknahmewert gem. InvG

Es erfolgten keine Umwidmungen von Wertpapieren des Umlaufvermögens in das Anlagevermögen. Unsere Wertpapiere wurden, wie in den Vorjahren, nach dem strengen Niederstwertprinzip bewertet.

Wertpapiere von Emittenten wirtschaftsschwacher Euro-Staaten halten wir in Höhe von rd. 34 Mio. Euro, davon 29 Mio. Euro über Spezialfonds sowie eine italienische Staatsanleihe über 5 Mio. Euro. Einen Überblick bietet die folgende Tabelle:

	Staats- anleihen	Anleihen von Kreditinstituten/ Unternehmen		davon: gesichert	Aktien	Summe
	Mio. Euro	Mio. Euro	Anzahl Schuldner	Mio. Euro	Mio. Euro	Mio. Euro
Griechenland	0,0	0,0	0	0,0	0,0	0,0
Irland	0,0	0,2	2	0,0	0,2	0,4
Italien	6,1	7,5	15	2,7	2,5	16,1
Portugal	0,0	0,8	3	0,0	0,0	0,8
Spanien	0,0	12,3	12	2,8	4,0	16,3
Insgesamt	6,1	20,8	32	5,5	6,7	33,6

Zum 30.09.2012 hat die Stadt-Sparkasse Solingen einen Anteilsbesitz an der Stadtwerke Solingen GmbH mit einem Buchwert von 12.565.130 Euro übernommen. Der Ausweis findet im Umlaufvermögen unter dem Bilanzposten "Sonstige Vermögensgegenstände" statt, da nur eine vorübergehende Haltedauer beabsichtigt ist.

Die Sicherheitsrücklage beträgt 134,7 Mio. Euro. Vom Jahresüberschuss in Höhe von 4,0 Mio. Euro werden voraussichtlich 2,4 Mio. Euro der Sicherheitsrücklage nach den entsprechenden Beschlüssen zugeführt.

Neben der Sicherheitsrücklage verfügt die Stadt-Sparkasse Solingen über weitere ergänzende Eigenkapitalbestandteile. Das Verhältnis der angerechneten Eigenmittel - bezogen auf die mit 12,5 multiplizierte Summe aus dem Gesamtanrechnungsbetrag für Adressenrisiken, dem Anrechnungsbetrag für das operationelle Risiko und der Summe der Anrechnungsbeträge für Marktrisikopositionen - überschreitet per 31.12.2012 bei einer aufsichtsrechtlichen Gesamtkennziffer von 17,0 % (Vorjahr 15,6 %) deutlich den in der Solvabilitätsverordnung (SolV) für die vierteljährliche Ermittlung vorgeschriebenen Mindestwert von 8,4 %.

Zum Zeitpunkt der Berichtserstellung stellt sich die Lage der Stadt-Sparkasse Solingen unverändert positiv dar.

3. Nichtfinanzielle Leistungsindikatoren

Beratungskompetenz

Mit hoher Beratungsqualität und hohem Engagement hat sich die Stadt-Sparkasse Solingen beim City Contest 2012 des Wirtschaftsmagazins Focus Money in Zusammenarbeit mit dem Münchner Institut für Vermögensaufbau (IVA) wie schon in 2011 durchgesetzt und wurde 2012 zum zweiten Mal in Folge zum besten Kreditinstitut in Solingen gekürt.

Besonderen Wert legt Focus Money auf ein strukturiertes und kundengerechtes Vorgehen. Die Stadt-Sparkasse Solingen ermittelt auf Basis des Sparkassen-Finanzkonzepts systematisch den Kundenbedarf. Bei dem bundesweit angelegten Bankenvergleich schnitt die Sparkasse als einziges der getesteten Institute in der Klingenstadt mit der Gesamtnote 2,5 ab.

Hohe Kundenzufriedenheit auch bei Umfrage bestätigt

Die Stadt-Sparkasse Solingen hatte im Frühjahr 2012 eine umfassende Kundenzufriedenheitsstudie online durchgeführt. Der Sparkassen-Onlinekunden-Dialog lieferte Informationen zur Kundenzufriedenheit und Kundenbindung. An der Befragung nahmen innerhalb von nur viereinhalb Tagen rund 2000 Kunden der Sparkasse teil.

93 % der befragten Kunden haben die Sparkasse bei der Gesamtzufriedenheit mit "gut", "sehr gut" oder "ausgezeichnet" bewertet.

Förderung gemeinnütziger/ karitativer Einrichtungen und Projekte

Die Zielsetzung der deutschen Sparkassen-Finanzgruppe unterscheidet sich deutlich von den Groß- und Privatbanken, die in erster Linie die Gewinnmaximierung im Fokus haben. Als Institute der Bürgerinnen und Bürger gestalten die Sparkassen das wirtschaftliche Leben aktiv mit und leisten einen wichtigen Beitrag zur kulturellen Vielfalt und sozialen Balance in Deutschland. Mit ihrem gesellschaftlichen Engagement tragen die Sparkassen dazu bei, die Lebensqualität in den Regionen zu steigern.

Verlässlich und beständig engagiert sich die Stadt-Sparkasse Solingen Jahr für Jahr für Sport und Kultur, für die Wirtschaft der Region und für soziale Projekte. Denn ohne aktive Vereine, eine reichhaltige Kultur und eine gesunde Wirtschaftsstruktur geht der Zusammenhalt verloren. "Sparkasse. Gut für Solingen." lautet daher das Motto.

In 2012 wurden insgesamt rd. 522 Tsd. Euro (einschl. PS-Zweckertrag) für gemeinnützige Zwecke gespendet und weitere 1.000 Tsd. Euro (abzgl. Kapitalertragsteuer und Solidaritätszuschlag) dem Träger für Zwecke des Gemeinwohls zur Verfügung gestellt.

B. Nachtragsbericht

Vorgänge von besonderer Bedeutung für die Vermögens-, Finanz- und Ertragslage der Stadt-Sparkasse Solingen sind nach dem Schluss des Geschäftsjahrs 2012 nicht eingetreten.

C. Risikoberichterstattung

Risikomanagement und Risikocontrolling Risikomanagementziele

Ziel des Risikomanagements ist es, unter Beachtung der gesetzlichen, satzungsmäßigen und aufsichtsrechtlichen Anforderungen, nur überschaubare Risiken einzugehen, ohne die sich bietenden Marktchancen auszulassen. Die Ziele für die einzelnen Risikofelder leiten sich dabei aus der festgelegten Geschäfts- und Risikostrategie ab. Zu deren Erreichung setzen wir auf eine breite Diversifizierung der Anlagen und geschäftlichen Aktivitäten, die wiederum eine Steuerung und Risikomessung unterschiedlicher Kategorien erforderlich macht.

Organisation und Methodik

Die Beurteilung und Überwachung der Einzelrisiken erfolgt in einer vierteljährlichen Risikotragfähigkeitsanalyse, die dem Aufsichtsorgan regelmäßig zur Kenntnis gegeben wird. Dieser Analyse liegt ein aus der Strategie abgeleitetes Limitierungssystem zugrunde.

Die Risikosteuerung der Stadt-Sparkasse Solingen wird ab 01.01.2013 von der Abteilung Controlling (bis 31.12.2012 von der Abteilung Finanz- und Rechnungswesen) unter Mitwirkung anderer Abteilungen wahrgenommen. Diese sind verantwortlich für die Erfassung der Risiken und überwachen die Einhaltung von Limiten. Dabei werden für Teilbereiche im Sparkassenverbund entwickelte Modelle eingesetzt. Die gesamte Risikosteuerung und -überwachung erfolgt in Organisationseinheiten, die nicht im Markt tätig sind, bzw. durch den Vorstand. Darüber hinaus sind Risikomessung, -bearbeitung und -steuerung Prüffelder der Internen Revision.

Für die Messung von Adressenrisiken, Beteiligungsrisiken, Liquiditätsrisiken, Marktpreisrisiken und operationellen Risiken kommen verschiedene Methoden wie Expertenschätzung, Durchschnitts- und Höchstbetragsberechnungen zum Einsatz. Die einzelnen Risikofaktoren werden hinsichtlich ihrer möglichen Auswirkungen auf die Vermögenslage sowie die Gewinn- und Verlustrechnung beurteilt.

Einige Risiken werden zusätzlich mit einem "Value-at-Risk-Ansatz" gemessen. Damit wird ein Betrag für mögliche Verluste angegeben, der innerhalb eines bestimmten Zeithorizonts mit einer vorgegebenen Wahrscheinlichkeit (Konfidenzniveau) nicht überschritten wird. Weiterhin erfolgen "Worst-Case-Betrachtungen", bei denen besonders starke Veränderungen unterstellt werden. Unabhängig davon werden mit separaten Stresstest-Berechnungen auch außergewöhnliche, aber plausibel erscheinende extrem belastende Ereignisse abgebildet.

Zur Absicherung werden auch derivative Finanzinstrumente eingesetzt (in einem Fall erfolgte die Bildung einer Bewertungseinheit gem. § 254 HGB - siehe Zinsänderungsrisiken). Einzelheiten zu Art und Umfang der Geschäfte sind im Anhang zum Jahresabschluss unter "Angaben zu derivativen Finanzinstrumenten" aufgeführt.

Adressrisiken

Als Basis für die Steuerung von Adressenrisiken nutzt die Stadt-Sparkasse Solingen seit dem Jahr 2002 das einheitliche Rating der Sparkassen-Finanzgruppe.

Firmenkunden werden grundsätzlich mit dem Standard-Rating oder dem KundenKompakt-Rating bewertet. Für Bauträger, Wohnungsbaugesellschaften und Investoren findet das Immobiliengeschäfts-Rating Anwendung. Bei Privatkunden wird das Kunden-Scoring eingesetzt. Darüber hinaus werden die Ergebnisse aus externen Ratings und die Eingruppierung öffentlicher Stellen herangezogen. Die Rating-/Scoring-Einstufung ist weitgehend auch Grundlage für die Ermittlung risikoadjustierter Kreditkonditionen, Kreditentscheidungskompetenzen, die Begrenzung von Blankokrediten einzelner Engagements, das Verfahren zur Risikofrüherkennung einschließlich WatchList, Ad-hoc-Meldungen und die Zuordnung von Intensivengagements. Veränderungen der Risikolage werden vierteljährlich in Berichtsform zusammengefasst und dem Aufsichtsorgan zur Kenntnis gegeben.

Schwerpunktmäßig kommen unsere Ausleihungen nach wie vor dem örtlichen Mittelstand zugute; dabei stellt sich der Anteil des verarbeitenden

Gewerbes und der gewerblichen Wohnungsbaugenossenschaften im Verbandsvergleich überdurchschnittlich dar. Gleichwohl sind erhöhte Risiken aus der Struktur der Ausleihungen im abgelaufenen Jahr nicht erkennbar geworden. Kreditsicherheiten werden zur Reduzierung der Ausfallrisiken im notwendigen Umfang hereingenommen.

Da Eigenanlagen ebenfalls mit Adressenrisiken verbunden sind, werden (unter Beachtung des Kontrahenten- bzw. Emittentenrisikos) - auch unter Verwendung von Ratingnoten externer Ratingagenturen - Limite festgelegt.

Nachdem bereits im Jahr 2011 ein positives Bewertungsergebnis im Kreditgeschäft erzielt wurde, führten auch die Bewertungsmaßnahmen im Jahr 2012 zu einem deutlich positiven Ergebnis. Obwohl sich der Betrag der Neubildungen von Einzelwertberichtigungen gegenüber dem Vorjahr erhöhte, konnten in Vorjahren gebildete Einzelwertberichtigungen in beträchtlichem Umfang wegen Risikofortfalls reduziert oder aufgelöst werden. Im mehrjährigen Vergleich zeigen die konstant niedrigen Direktabschreibungen sowie die Entwicklung von Netto- und Bruttozuführungen zu Wertberichtigungen eine insgesamt stabile Risikolage mit normalen Adressenausfallrisiken.

Unser Engagement in Wertpapieren wirtschaftsschwacher Euro-Staaten - wie unter Punkt 2.3 dargestellt - birgt sowohl ein Ausfallrisiko als auch ein Kursrisiko. Aufgrund der Streuung und Größenordnung sind diese Risiken für uns überschaubar.

Marktpreisrisiken

Für die nach den MaRisk klassifizierten Handelsgeschäfte werden täglich - gemäß speziellen, vom Vorstand verabschiedeten Rahmenbedingungen - das Marktpreisrisiko und das zu erwartende betriebswirtschaftliche Ergebnis berechnet.

Zinsänderungsrisiken

Für die passive Steuerung des barwertigen Zinsänderungsrisikos werden monatlich nahezu alle zinstragenden Geschäfte in einer einheitlichen Cash-Flow-Übersicht unter Einbeziehung zinssichernder Swapgeschäfte abgebildet, per Jahresende in einem Umfang von insgesamt 234,0 Mio. Euro; zur Absicherung des Zinsänderungsrisikos aus einer Anlage im Volumen von 9,5 Mio. Euro wurde eine Bewertungseinheit gem. § 254 HGB gebildet (zur Bilanzierung und Bewertung siehe Darstellung im Anhang zum Jahresabschluss unter "Bewertungseinheiten"). Für Produkte mit optionalen Bestandteilen wurden entsprechende Annahmen getroffen. Die Steuerung des Zinsänderungsrisikos nimmt der "Treasury-Ausschuss" wahr, der sich aus dem Vorstand sowie Vertretern der Fachbereiche zusammensetzt.

Zusätzlich werden vierteljährlich anhand von Szenarioberechnungen die Auswirkungen von Zinsänderungen auf die Ertragslage (Zinsspannenrisiko) berechnet.

Die Stadt-Sparkasse Solingen weist sowohl in der barwertigen als auch in der GuV-orientierten Betrachtung bei den Zinsänderungsrisiken seit Jahren eine weitgehend konstante Entwicklung auf; abzulesen u. a. an dem barwertigen Steuerungswert (Value at Risk). Dies resultiert aus der konsequent passiven Steuerung mit Ausrichtung an einer geeigneten Benchmark mit moderater Fristentransformation. Die Risikoausprägung im Bereich der Zinsänderungsrisiken ist tendenziell durchschnittlich.

Kursrisiken

Anhand unterschiedlicher Szenarien wird vierteljährlich der mögliche Bewertungsverlust für den Wertpapierbestand (verzinsliche Wertpapiere, Anteilspapiere, Fonds) ermittelt. Hierin enthalten ist auch das Spreadrisiko.

Die bei der Bemessung der Kursrisiken in den letzten Jahren aufgetretenen Bewertungsschwankungen sind in erster Linie auf die konsequente Anwendung des strengen Niederstwertprinzips zurückzuführen. Der Schwerpunkt der ermittelten Risiken lag dabei im Bereich der (Spezial-)Fonds. Die Risikowerte bewegten sich 2012 im Rahmen der festgelegten Limite.

Währungsrisiken

Die Risikowerte für nicht abgesicherte Fremdwährungspositionen werden vierteljährlich ermittelt. Zum Jahresabschluss 2012 ergab sich kein nennenswertes Risiko.

Aus den aufgeführten Marktpreisrisiken erwarten wir keine Belastungen,

Beteiligungsrisiken	<p>die die Risikotragfähigkeit der Stadt-Sparkasse Solingen gefährden könnten und gehen insofern von einer im Wesentlichen gleichbleibenden Risikolage aus. Diese Annahme wurde in den Vorjahren durch das jederzeitige Einhalten der Risikotragfähigkeit uneingeschränkt bestätigt.</p> <p>Aufgrund des überschaubaren Umfangs der Beteiligungen wird deren Risiko vierteljährlich pauschal ermittelt. Im Hinblick auf die unverändert angespannte Situation einiger Landesbanken wird dem Beteiligungsrisiko aus Verbundbeteiligungen in der Risikotragfähigkeitsberechnung ein hohes Gewicht beigemessen. Wie bereits im Vorjahr ergab sich 2012 Bewertungsaufwand für eine bundesweite Verbundbeteiligung. Die Einflussmöglichkeiten der Sparkasse auf eine Risikoreduzierung sind dabei begrenzt.</p> <p>Im Berichtsjahr kam es zu keiner Limitüberschreitung.</p> <p>Der Risikolage wird durch die Einrechnung hoher Abschläge auf die Beteiligungswerte bei der Tragfähigkeitsbetrachtung entsprochen.</p>
Liquiditätsrisiken	<p>Die Stadt-Sparkasse Solingen verfügt über eine einwandfreie Bonität, die Liquiditätsbeschaffung konnte jederzeit im erforderlichen Umfang über die Sparkassenfinanzgruppe sowie den Geld- und Kapitalmarkt problemlos vorgenommen werden. Darüber hinaus ist der überwiegende Teil des Wertpapierbestands kurzfristig beleihbar. Die Liquiditätsrisiken sind des Weiteren durch die aufsichtsrechtlichen Rahmenbedingungen begrenzt. Zusätzlich werden auf der Grundlage dieser Rahmenbedingungen monatliche Szenarioberechnungen zur Einschätzung der Wahrscheinlichkeit eines verstärkten Mittelabflusses durchgeführt. Das Liquiditätsrisiko wird aus Sicht der Sparkasse überwiegend unter Kostengesichtspunkten betrachtet. Liquiditätsengpässe waren in der Vergangenheit nicht feststellbar und werden auch künftig nicht erwartet.</p>
Operationelle Risiken	<p>Operationelle Risiken werden als die Gefahr von Schäden definiert, die infolge der Unangemessenheit oder des Versagens von internen Verfahren, Mitarbeitern, der internen Infrastruktur oder infolge externer Einflüsse eintreten.</p> <p>Der Unterlegungsbetrag für das operationelle Risiko wird nach dem Basisindikatoransatz ermittelt. Das Management operationeller Risiken ist Teil der Risikostrategie der Stadt-Sparkasse Solingen. Allgemeines Ziel ist es, durch geeignete Maßnahmen operationelle Risiken auf ein Minimum zu beschränken. Zur Messung und Steuerung wird eine Vergangenheitsauswertung vorgenommen. Die jeweils im Vorjahr aufgetretenen Schadensfälle werden anonymisiert an eine zentrale Schadensfalldatenbank gemeldet. Die statistische Auswertung aller zurückgespielten bundesweit gesammelten Schadensfälle ermöglicht eine Standortbestimmung im Vergleich zu den anderen Sparkassen. Für die bisherigen Vergleichszeiträume weist die Stadt-Sparkasse Solingen eine - gemessen an der Bilanzsumme - mittlere Schadenshäufigkeit und Schadenshöhe auf.</p> <p>Zusätzlich erfolgt jährlich eine in die Zukunft gerichtete Betrachtung, die auf der Grundlage der gemeldeten Schäden sowie einer internen "Expertenschätzung" die frühzeitige Erkennung und vorsorgliche Vermeidung bisher nicht eingetretener Schäden ermöglichen soll. Damit soll auch die Eintrittswahrscheinlichkeit eines bisher nicht beobachteten Großschadens verringert werden.</p> <p>Aufgrund der Vielschichtigkeit von operationellen Risiken existiert in der Stadt-Sparkasse Solingen eine Vielzahl von Regelungen und Maßnahmen zur Begrenzung dieser Risiken. Potenziellen Schäden durch Betrug, Irrtum oder Fahrlässigkeit von Mitarbeitern oder Dritten begegnet die Sparkasse mit entsprechenden Kontrollsystemen, deren Funktionsfähigkeit regelmäßig von der Internen Revision überwacht wird. Die fachliche Kompetenz der Mitarbeiter wird durch bedarfsgerechte Aus- und Fortbildungsmaßnahmen gestärkt und im Rahmen eines periodischen Beurteilungssystems überprüft. Für technische Risiken existieren entsprechende Notfallsysteme, die die Funktionsfähigkeit des Betriebsablaufs auch bei unvorhersehbaren Ereignissen sicherstellen. Ferner werden operationelle Risiken durch die Auswahl zuverlässiger Dienstleister vermindert. Darüber hinaus wurden Versicherungen abgeschlossen, die gegebenenfalls eintretende Vermögensschäden weitgehend abfangen sollen. Die Abwendung von Rechtsrisiken wird durch die Nutzung aktueller Vertragsvordrucke des Deutschen Sparkassen Verlags und bei außerhalb des Standards liegenden Verträgen durch die Einbindung der eigenen Rechtsabteilung erreicht. Im Bedarfs-</p>

Sonstige Risiken	<p>fall wird zusätzlich eine externe Rechtsberatung hinzugezogen. Die Gesamtverantwortung für die Steuerung, Überwachung und Kontrolle operationeller (wie auch der übrigen) Risiken obliegt dem Vorstand.</p> <p>Seit Jahren sind keine gravierenden Schäden durch schlagend gewordene operationelle Risiken aufgetreten. Der tatsächliche Aufwand bewegt sich dauerhaft weit unterhalb der in der Risikostrategie festgelegten Schadensgrenze von 500 Tsd. Euro p. a.</p> <p>Hier sind die Risiken im Zusammenhang mit der EAA zu nennen. Diesem Risiko wird im Rahmen des RSGV-Ansparmmodells durch ausreichende Dotierung des Fonds für allgemeine Bankrisiken Rechnung getragen. Darüber hinaus sehen wir aufgrund des bereits vorhandenen Risikodeckungspotenzials auch für den eventuell notwendigen Fall der Bildung einer entsprechenden Rückstellung keine untragbare Belastung für unsere Risikotragfähigkeit. Die Einzelheiten zu den ergriffenen Maßnahmen sind im Teil D (Prognosebericht) beschrieben.</p>
Gesamtrisikosituation	<p>Das Gesamtbankrisiko war durch das vorhandene Risikodeckungspotenzial (wirtschaftliches Eigenkapital nach Abzug des notwendigen Haftkapitals gem. SolvV sowie weiterer Positionen aufgrund von § 10 Abs. 6 Satz 1 KWG und wegen Beachtung der Großkreditobergrenze) jederzeit ausreichend abgesichert.</p> <p>Im Jahr 2012 waren Bewertungsaufwendungen für Beteiligungen erforderlich; im Bereich der Adressenrisiken war eine für unser Haus positive Entwicklung festzustellen. Grundsätzlich bleibt die Gesamtrisikosituation von Marktpreisrisiken und Kreditrisiken geprägt. Dies gilt vor allem vor dem Hintergrund der andauernden Staatsschuldenkrise in der Eurozone. Bei einer aufsichtsrechtlichen Gesamtkennziffer von 17,0 % per 31.12.2012 wird der in der Solvabilitätsverordnung für die vierteljährliche Ermittlung vorgeschriebene Mindestwert von 8,4 % deutlich überschritten. Damit sind auch zukünftig moderate Geschäftsausweitungen möglich.</p> <p>Die Auslastung der Risikolimits lag während des Geschäftsjahrs innerhalb der auf Gesamtbankebene festgelegten Grenzen. Die Stadt-Sparkasse Solingen steuert ihre Risiken in einer dem Geschäftsumfang und der Risikointensität angemessenen Weise.</p>

D. Prognosebericht

Grundlage unserer Einschätzung sind die gesamtwirtschaftlichen Prognosen des Statistischen Bundesamts sowie der Wirtschaftsforschungsinstitute. Ob die tatsächliche Entwicklung den Erwartungen entspricht, hängt außer von den üblichen Prognoseunsicherheiten auch davon ab, welchen Verlauf die noch andauernde Staatsschuldenkrise im Euroraum nimmt.

Laut Prognose des IWF und der OECD soll 2013 der Welthandel wieder etwas stärker und die Weltproduktion in geringerem Maß expandieren. Dies hängt u.a. auch davon ab, wie die USA mit der im Frühjahr 2013 in Kraft getretenen Ausgabensperre umgehen werden. Im Euroraum dauert die Finanzkrise noch an. Einige Länder verharren weiterhin in der Rezession, die Arbeitslosenquote in den Krisenländern, speziell Spanien, ist extrem hoch. Zwar zeigen die zur Sanierung der Staatshaushalte ergriffenen Maßnahmen erste Erfolge, andererseits wirkt dies aber zunächst auch restriktiv. Für Deutschland sind die Aussichten hingegen positiver. Die meisten Prognosen gehen von einem geringen bis moderaten Wachstum aus, das u.a. vom privaten Konsum getragen wird. Zudem wird von einer weiterhin stabilen Situation am Arbeitsmarkt ausgegangen.

Die Stadt-Sparkasse Solingen kann hier möglichen negativen Entwicklungen durch den Einsatz geeigneter Maßnahmen rechtzeitig entgegensteuern, da - wie im vorangegangenen Risikobericht erläutert - eine regelmäßige Überwachung der wesentlichen Risiken stattfindet.

Vor dem Hintergrund der gesamtwirtschaftlichen Aussichten erwarten wir eine insgesamt leichte Ausweitung in der Kreditvergabe an Kunden. Sollten die von den Unternehmen bisher verschobenen Investitionen aufgrund früher Wachstumsimpulse in 2013 nachgeholt werden, ist hier eine etwas höhere Ausweitung im laufenden Jahr möglich. Bei einer späteren Nachholung der Investitionen könnte das Kreditniveau

zunächst auch stagnieren. Im Bereich des Wohnungsbaus ist von einer positiven Auswirkung des weiterhin günstigen Zinsniveaus auszugehen.

Angesichts des anhaltend niedrigen Zinsniveaus rechnen wir mit einem leichten Rückgang der Kundeneinlagen. Die Entwicklung der Sparquote ist zudem auch von der Entwicklung der europäischen Finanzkrise abhängig. Kommt es, z.B. im Rahmen der Unsicherheiten nach der Wahl in Italien, zu einer erneuten Verschärfung, wird dies eine verstärkte Nachfrage nach Sachwerten und damit eine Konsumausweitung zu Lasten der Sparneigung nach sich ziehen. Sollte die Lage an den Finanzmärkten in 2013 dagegen stabil bleiben und zu einem wieder etwas höheren Zinsniveau führen, besteht aber auch die Chance einer geringfügigen Ausweitung von Kundeneinlagen.

Die derzeitigen Rahmenbedingungen, insbesondere das dauerhaft niedrige Zinsniveau und die unvermindert starke Konkurrenzsituation, erschweren es tendenziell, ausreichende Margen zu erzielen und die Zinsspanne auf einem stabilen Niveau zu halten. In 2013 rechnen wir mit einem besseren Zinsergebnis als in 2012, da dieses aufgrund von Steuerungsmaßnahmen (siehe unter Punkt 2.1) belastet war, in den Folgejahren bei gleichbleibenden Rahmenbedingungen jedoch mit rückläufigen Zinsspannen. Positive Impulse wären erst wieder bei einer dauerhaften Entschärfung der Finanzkrise und einem leichten Anstieg des Zinsniveaus zu erwarten.

Auf der Kostenseite haben wir in den vorangegangenen Jahren Einsparpotenziale ausgenutzt. Aufgrund von notwendigen Instandhaltungsmaßnahmen bei unseren Gebäuden rechnen wir sowohl in 2013 als auch in den Folgejahren mit Sachkosten, die höher ausfallen als in 2012.

Insgesamt erwarten wir für das laufende und das folgende Jahr eine weiterhin stabile Geschäftsentwicklung mit annähernd gleichen Jahresergebnissen, auch weil wir mit einem moderaten Bewertungsaufwand im Wertpapier- und Kreditgeschäft rechnen. Zudem wollen wir auch künftig die Risikovorsorge stärken. Dies ist einerseits notwendig, um weiterhin für die Haftungsverpflichtungen in Zusammenhang mit der EAA (siehe auch folgender Abschnitt zu den aus der Bilanz nicht ersichtlichen finanziellen Verpflichtungen) Rücklagen anzusammeln, andererseits streben wir in Verbindung mit den neuen Eigenkapitalvorschriften auf der Grundlage von Basel III an, unser haftendes Eigenkapital stetig zu verbessern. Die Vorschriften, die wahrscheinlich zum 01.01.2014 eingeführt werden, sehen eine stufenweise Erhöhung der Eigenkapitalrelation auf bis zu 10,5 % unserer risikogewichteten Aktiva vor. Das haftende Eigenkapital bildet dabei auch die Grundlage für Grenzen bei der Kreditvergabe.

Aufgrund der guten Finanzmittelausstattung und einer ausgewogenen Liquiditätsplanung sehen wir uns in der überschaubaren Zukunft weiterhin in der Lage, allen Zahlungsverpflichtungen nachzukommen.

Aus der Bilanz nicht ersichtliche finanzielle Verpflichtungen

Die ehemaligen Anteilseigner der Portigon AG, vormals Westdeutschen Landesbank AG (u. a. der Rheinische Sparkassen- und Giroverband, Düsseldorf - RSGV mit rd. 25,03 %) haben im November 2009 mit der Bundesanstalt für Finanzmarktstabilisierung (FMSA) Maßnahmen zur Übertragung von Vermögenswerten und Verbindlichkeiten der WestLB AG auf eine Abwicklungsanstalt vereinbart.

Auf dieser Grundlage wurden im Dezember 2009 die Verträge zur Errichtung einer Abwicklungsanstalt ("Erste Abwicklungsanstalt") gemäß § 8a Finanzmarktstabilisierungsfondsgesetz geschlossen. Der Rheinische Sparkassen- und Giroverband, Düsseldorf (RSGV) ist entsprechend seinem Anteil (25,03 %) verpflichtet, tatsächliche liquiditätswirksame Verluste der Abwicklungsanstalt, die nicht durch das Eigenkapital der Abwicklungsanstalt von 3 Mrd. Euro und deren erzielte Erträge ausgeglichen werden können, bis zu einem Höchstbetrag von 2,25 Mrd. Euro zu übernehmen.

Im Zuge der Übertragung weiterer Vermögenswerte und Verbindlichkeiten auf die Erste Abwicklungsanstalt im Jahr 2012 wurde die Haftung dergestalt modifiziert, dass der RSGV sich verpflichtet, bei Bedarf maximal 37,5 Mio. Euro als Eigenkapital zum Ausgleich bilanzieller Verluste zur Verfügung zu stellen. Die Ausgleichsverpflichtung für tatsächlich liquiditätswirksame Verluste verringert sich entsprechend um diesen Betrag, so dass der Höchstbetrag von 2,25 Mrd. Euro unverändert bleibt.

Auf die Sparkasse entfällt als Mitglied des RSGV damit eine anteilige indirekte Gesamtverpflichtung entsprechend ihrer Beteiligung am RSGV (1,61 %). Auf Basis derzeitiger Erkenntnisse ist für diese Verpflichtung im Jahresabschluss 2012 der Sparkasse keine Rückstellung zu bilden.

Es besteht aber das Risiko, dass die Sparkasse während der voraussichtlich langfristigen Abwicklungsdauer entsprechend ihres Anteils am RSGV aus ihrer indirekten Verpflichtung in Anspruch genommen wird. Für dieses Risiko wird die Sparkasse für einen Zeitraum von 25 Jahren aus dem Gewinn des jeweiligen Geschäftsjahrs eine jahresanteilige bilanzielle Vorsorge bilden. Es ist vorgesehen, den Vorsorgebedarf unter Berücksichtigung der Erkenntnisse und Erwartungen im Zusammenhang mit der Umsetzung des Abwicklungsplans unter Einbeziehung aller Beteiligten nach Ablauf von zehn Jahren zu überprüfen. Seit dem Geschäftsjahr 2009 wurde eine Vorsorge in Höhe von 4,9 Mio. Euro durch Dotierung des Fonds für allgemeine Bankrisiken nach § 340g HGB getroffen. Davon entfallen auf das Geschäftsjahr 2012 1,2 Mio. Euro.

Davon unberührt bleibt die Verpflichtung, im Rahmen der Erstellung des jeweiligen Jahresabschlusses zu prüfen, ob sich aufgrund der dann vorliegenden Erkenntnisse die Notwendigkeit ergibt, eine Rückstellung zu bilden.

Solingen, im April 2013

	Vorstand	
Grunwald	Kartenberg	Wagner

BERICHT DES VERWALTUNGSRATES

Der Rat der Stadt Solingen hat in seiner Sitzung am 05. Juli 2012 den Sparkassenorganen Entlastung für das Geschäftsjahr 2011 erteilt.

Der Verwaltungsrat trat im Jahr 2012 zu sieben Sitzungen zusammen, in denen er Berichte des Vorstandes über die Wirtschafts- und Geschäftslage entgegennahm, Fragen der Geschäftspolitik erörterte und die erforderlichen Beschlüsse fasste.

Der Jahresabschluss 2012 und der Lagebericht wurden von der Prüfungsstelle des Rheinischen Sparkassen- und Giroverbandes geprüft. Der uneingeschränkte Bestätigungsvermerk wurde erteilt und damit testiert, dass Buchführung und Jahresabschluss den gesetzlichen Vorschriften entsprechen und der Lagebericht im Einklang mit dem Jahresabschluss steht.

Gemäß § 15 Abs. 2 d) SpkG NRW hat der Verwaltungsrat den Jahresabschluss 2012 festgestellt und den Lagebericht für das Jahr 2012 gebilligt.

Die Verwendung des Jahresüberschusses in Höhe von 4.030.537,71 Euro erfolgt nach § 25 SpkG NRW. Der Verwaltungsrat schlägt gemäß § 24 Abs. 4 Satz 2 SpkG NRW der Vertretung des Trägers vor, einen Betrag von 2.430.537,71 Euro der Sicherheitsrücklage zuzuführen.

Des Weiteren schlägt der Verwaltungsrat vor, einen Betrag von insgesamt 1.600.000,00 Euro zur Ausschüttung zu bringen.

Der Verwaltungsrat schlägt vor, hiervon einen Betrag von 600.000,00 Euro unmittelbar dem Träger zur Verfügung zu stellen mit der Maßgabe, diesen Betrag nach Abzug von Kapitalertragsteuer und Solidaritätszuschlag gemäß § 25 Abs. 3 SpkG NRW zu verwenden. Weiter schlägt der Verwaltungsrat vor, auf die Zuführung des restlichen Betrages von 1.000.000,00 Euro an den Träger mit der Maßgabe zu verzichten, dass der Verwaltungsrat selbst diesen Betrag nach Abzug von Kapitalertragsteuer und Solidaritätszuschlag als Gewinnverwendung gemäß § 25 Abs. 3 SpkG NRW unmittelbar Dritten zur Erfüllung gemeinwohlorientierter örtlicher Aufgaben des Trägers oder für gemeinnützige Zwecke zuführt und damit auf die Förderung des kommunalen, bürgerschaftlichen und trägerschaftlichen Engagements, insbesondere in den Bereichen Bildung und Erziehung, Soziales und Familie, Kultur und Sport sowie Umwelt, beschränkt.

In der Sitzung vom 22.03.2013 schlug der Verwaltungsrat der Vertretung des Trägers vor, § 5 der Satzung dahin gehend zu ändern, dass der Vorstand zukünftig von drei auf zwei Mitglieder (und ein stellvertretendes Mitglied) reduziert wird.

Solingen, 26. Juni 2013

Verwaltungsrat

Feith, Vorsitzender



Jahresabschluss

zum

31. Dezember 2012

der Stadt-Sparkasse Solingen

Land Nordrhein-Westfalen

Regierungsbezirk Düsseldorf

Aktivseite

Jahresbilanz zum 31. Dezember 2012

	Euro	Euro	Euro	31.12.2011 Tsd. EUR
1. Barreserve				
a) Kassenbestand		11.861.345,42		9.505
b) Guthaben bei der Deutschen Bundesbank		<u>9.491.738,29</u>		<u>3.974</u>
			21.353.083,71	13.479
2. Schultitel öffentlicher Stellen und Wechsel, die zur Refinanzierung bei der Deutschen Bundesbank zugelassen sind				
a) Schatzwechsel und unverzinsliche Schatzanweisungen sowie ähnliche Schultitel öffentlicher Stellen		-,-		-
b) Wechsel		<u>-,-</u>		<u>-</u>
			-,-	-
3. Forderungen an Kreditinstitute				
a) täglich fällig		2.994.383,14		2.222
b) andere Forderungen		<u>32.441.096,89</u>		<u>73.919</u>
			35.435.480,03	76.141
4. Forderungen an Kunden			1.444.013.088,49	1.428.957
darunter:				
durch Grundpfandrechte gesichert	846.418.016,83 Euro			(822.955)
Kommunkredite	<u>107.133.218,64 Euro</u>			<u>(137.094)</u>
5. Schuldverschreibungen und andere festverzinsliche Wertpapiere				
a) Geldmarktpapiere				
aa) von öffentlichen Emittenten		-,-		-
darunter: beleihbar bei der Deutschen Bundesbank	-,- Euro			(-)
ab) von anderen Emittenten		<u>-,-</u>		<u>-</u>
darunter: beleihbar bei der Deutschen Bundesbank	-,- Euro			(-)
			-,-	-
b) Anleihen und Schuldverschreibungen				
ba) von öffentlichen Emittenten		40.088.263,87		25.008
darunter: beleihbar bei der Deutschen Bundesbank	40.088.263,87 Euro			(25.008)
bb) von anderen Emittenten		<u>287.839.536,34</u>		<u>318.926</u>
darunter: beleihbar bei der Deutschen Bundesbank	280.190.892,49 Euro		327.927.800,21	343.934
				(281.987)
c) eigene Schuldverschreibungen			1.136.782,71	1.130
Nennbetrag	<u>1.094.000,00 Euro</u>			<u>(1.098)</u>
			329.064.582,92	345.064
6. Aktien und andere nicht festverzinsliche Wertpapiere			165.983.879,28	167.513
6a. Handelsbestand			2.658.075,20	3.353
7. Beteiligungen			39.378.076,44	40.262
darunter:				
an Kreditinstituten	-,- Euro			(-)
an Finanzdienstleistungsinstituten	-,- Euro			(-)
8. Anteile an verbundenen Unternehmen			-,-	-
darunter:				
an Kreditinstituten	-,- Euro			(-)
an Finanzdienstleistungsinstituten	-,- Euro			(-)
9. Treuhandvermögen			3.329.788,85	38
darunter:				
Treuhandkredite	3.329.788,85 Euro			(38)
10. Ausgleichsforderungen gegen die öffentliche Hand einschließlich Schuldverschreibungen aus deren Umtausch			-,-	-
11. Immaterielle Anlagewerte				
a) Selbst geschaffene gewerbliche Schutzrechte und ähnliche Rechte und Werte		-,-		-
b) entgeltlich erworbene Konzessionen, gewerbliche Schutzrechte und ähnliche Rechte und Werte sowie Lizenzen an solchen Rechten und Werten			137.857,00	81
c) Geschäfts- oder Firmenwert		-,-		-
d) geleistete Anzahlungen		<u>-,-</u>		<u>-</u>
			137.857,00	81
12. Sachanlagen			16.723.514,67	17.857
13. Sonstige Vermögensgegenstände			15.219.741,04	3.666
14. Rechnungsabgrenzungsposten			945.535,01	1.357
15. Aktive latente Steuern			-,-	-
16. Aktiver Unterschiedsbetrag aus der Vermögensverrechnung			-,-	-
Summe der Aktiva			2.074.242.702,64	2.097.767

Passivseite

	Euro	Euro	Euro	31.12.2011 Tsd. EUR
1. Verbindlichkeiten gegenüber Kreditinstituten				
a) täglich fällig		6.098.554,12		10.676
b) mit vereinbarter Laufzeit oder Kündigungsfrist		<u>238.815.846,12</u>		<u>260.799</u>
			244.914.400,24	<u>271.475</u>
2. Verbindlichkeiten gegenüber Kunden				
a) Spareinlagen				
aa) mit vereinbarter Kündigungsfrist von drei Monaten	566.035.071,74			584.383
ab) mit vereinbarter Kündigungsfrist von mehr als drei Monaten	<u>33.091.045,84</u>			<u>67.654</u>
		599.126.117,58		652.036
b) andere Verbindlichkeiten				
ba) täglich fällig	756.605.148,85			703.111
bb) mit vereinbarter Laufzeit oder Kündigungsfrist	<u>235.240.069,70</u>			<u>227.461</u>
		991.845.218,55	1.590.971.336,13	<u>930.572</u>
				1.582.609
3. Verbriefte Verbindlichkeiten				
a) begebene Schuldverschreibungen		22.099.193,08		42.923
b) andere verbrieft Verbindlichkeiten		<u>-,-</u>		<u>-</u>
darunter:				
Geldmarktpapiere	-,- Euro			(-)
eigene Akzepte und Solawechsel im Umlauf	-,- Euro			(-)
			22.099.193,08	42.923
3a. Handelsbestand			-,-	-
4. Treuhandverbindlichkeiten			3.329.788,85	38
darunter:				
Treuhandkredite	3.329.788,85 Euro			(38)
5. Sonstige Verbindlichkeiten			7.780.687,09	3.498
6. Rechnungsabgrenzungsposten			3.243.295,33	3.786
6a. Passive latente Steuern			-,-	-
7. Rückstellungen				
a) Rückstellungen für Pensionen und ähnliche Verpflichtungen		12.434.221,00		10.210
b) Steuerrückstellungen		<u>770.900,00</u>		<u>2.690</u>
c) andere Rückstellungen		<u>10.919.078,87</u>		<u>13.552</u>
			24.124.199,87	26.452
8. Sonderposten mit Rücklageanteil			-,-	-
9. Nachrangige Verbindlichkeiten			2.817.200,00	12.474
10. Genusssrechtskapital			1.708.311,00	1.735
darunter:				
vor Ablauf von zwei Jahren fällig	580.429,00 Euro			(585)
11. Fonds für allgemeine Bankrisiken			34.490.800,00	17.044
darunter:				
Sonderposten nach § 340e Abs. 4 HGB	490.800,00 Euro			(144)
12. Eigenkapital				
a) gezeichnetes Kapital		-,-		-
b) Kapitalrücklage		-,-		-
c) Gewinnrücklagen				
ca) Sicherheitsrücklage	134.732.953,34			131.772
cb) andere Rücklagen	<u>-,-</u>			<u>131.772</u>
		134.732.953,34		131.772
d) Bilanzgewinn		<u>4.030.537,71</u>		<u>3.961</u>
			138.763.491,05	135.733
Summe der Passiva			2.074.242.702,64	2.097.767
1. Eventualverbindlichkeiten				
a) Eventualverbindlichkeiten aus weitergegebenen abgerechneten Wechslen		-,-		-
b) Verbindlichkeiten aus Bürgschaften und Gewährleistungsverträgen		<u>20.795.321,50</u>		<u>20.910</u>
c) Haftung aus der Bestellung von Sicherheiten für fremde Verbindlichkeiten		<u>-,-</u>		<u>-</u>
			20.795.321,50	20.910
2. Andere Verpflichtungen				
a) Rücknahmeverpflichtungen aus unechten Pensionsgeschäften		-,-		-
b) Platzierungs- und Übernahmeverpflichtungen		-,-		-
c) Unwiderrufliche Kreditzusagen		<u>87.769.833,60</u>		<u>90.671</u>
			87.769.833,60	90.671

**Gewinn- und Verlustrechnung
für die Zeit vom 1. Januar bis 31. Dezember 2012**

	Euro	Euro	Euro	1.1.-31.12.2011 Tsd. EUR
1. Zinserträge aus				
a) Kredit- und Geldmarktgeschäften	<u>70.823.792,10</u>			<u>73.684</u>
darunter:				
aus der Abzinsung von Rückstellungen	<u>---</u> Euro			<u>(0)</u>
b) festverzinslichen Wertpapieren und Schuldbuchforderungen	<u>9.004.460,56</u>			<u>10.187</u>
		<u>79.828.252,66</u>		<u>83.871</u>
2. Zinsaufwendungen		<u>37.808.533,47</u>		<u>33.302</u>
darunter:				
aus der Aufzinsung von Rückstellungen	<u>42.656,96</u> Euro			<u>(69)</u>
			<u>42.019.719,19</u>	<u>50.569</u>
3. Laufende Erträge aus				
a) Aktien und anderen nicht festverzinslichen Wertpapieren		<u>7.148.851,37</u>		<u>8.033</u>
b) Beteiligungen		<u>901.193,02</u>		<u>1.014</u>
c) Anteilen an verbundenen Unternehmen		<u>---</u>		<u>-</u>
			<u>8.050.044,39</u>	<u>9.047</u>
4. Erträge aus Gewinngemeinschaften, Gewinnabführungs- oder Teilgewinnabführungsverträgen			<u>---</u>	<u>-</u>
5. Provisionserträge		<u>14.513.576,52</u>		<u>15.074</u>
6. Provisionsaufwendungen		<u>775.235,90</u>		<u>784</u>
			<u>13.738.340,62</u>	<u>14.290</u>
7. Nettoertrag (Vorjahr Nettoaufwand) des Handelsbestands			<u>1.328.840,08</u>	<u>1.264</u>
darunter: Zuführungen zum (Vorjahr: Entnahmen aus) Sonderposten nach § 340e Abs. 4 HGB	<u>347.300,00</u> Euro			<u>(-)</u>
8. Sonstige betriebliche Erträge			<u>6.241.863,50</u>	<u>5.627</u>
darunter:				
aus der Fremdwährungs-umrechnung	<u>100.526,58</u> Euro			<u>(1.269)</u>
aus der Abzinsung von Rückstellungen	<u>47.179,69</u> Euro			<u>(3)</u>
9. Erträge aus der Auflösung von Sonderposten mit Rücklageanteil			<u>---</u>	<u>-</u>
			<u>71.378.807,78</u>	<u>78.269</u>
10. Allgemeine Verwaltungsaufwendungen				
a) Personalaufwand				
aa) Löhne und Gehälter	<u>26.142.796,91</u>			<u>26.042</u>
ab) Soziale Abgaben und Aufwendungen für Altersversorgung und für Unterstützung	<u>9.197.419,51</u>			<u>7.117</u>
darunter: für Alters-versorgung	<u>4.439.404,93</u> Euro	<u>35.340.216,42</u>		<u>33.159</u>
b) andere Verwaltungsaufwendungen		<u>11.305.953,04</u>		<u>(2.339)</u>
			<u>46.646.169,46</u>	<u>10.732</u>
11. Abschreibungen und Wertberichtigungen auf immaterielle Anlagewerte und Sachanlagen			<u>1.779.331,65</u>	<u>1.896</u>
12. Sonstige betriebliche Aufwendungen			<u>5.345.849,73</u>	<u>3.563</u>
darunter:				
aus der Fremdwährungs-umrechnung	<u>319.086,30</u> Euro			<u>(24)</u>
aus der Aufzinsung von Rückstellungen	<u>851.830,70</u> Euro			<u>(785)</u>
13. Abschreibungen und Wertberichtigungen auf Forderungen und bestimmte Wertpapiere sowie Zuführungen zu Rückstellungen im Kreditgeschäft			<u>---</u>	<u>1.199</u>
14. Erträge aus Zuschreibungen zu Forderungen und bestimmten Wertpapieren sowie aus der Auflösung von Rückstellungen im Kreditgeschäft			<u>13.155.026,94</u>	<u>-</u>
			<u>13.155.026,94</u>	<u>1.199</u>
15. Abschreibungen und Wertberichtigungen auf Beteiligungen, Anteile an verbundenen Unternehmen und wie Anlagevermögen behandelte Wertpapiere		<u>897.881,24</u>		<u>5.875</u>
16. Erträge aus Zuschreibungen zu Beteiligungen, Anteilen an verbundenen Unternehmen und wie Anlagevermögen behandelten Wertpapieren		<u>---</u>		<u>-</u>
			<u>897.881,24</u>	<u>5.875</u>
17. Aufwendungen aus Verlustübernahme			<u>---</u>	<u>-</u>
18. Zuführungen zu dem Fonds für allgemeine Bankrisiken			<u>17.100.000,00</u>	<u>8.500</u>
19. Ergebnis der normalen Geschäftstätigkeit			<u>12.764.602,64</u>	<u>13.344</u>
20. Außerordentliche Erträge			<u>---</u>	<u>-</u>
21. Außerordentliche Aufwendungen			<u>---</u>	<u>-</u>
22. Außerordentliches Ergebnis			<u>---</u>	<u>-</u>
23. Steuern vom Einkommen und vom Ertrag		<u>8.475.805,79</u>		<u>9.105</u>
24. Sonstige Steuern, soweit nicht unter Posten 12 ausgewiesen		<u>258.259,14</u>		<u>278</u>
			<u>8.734.064,93</u>	<u>9.383</u>
25. Jahresüberschuss			<u>4.030.537,71</u>	<u>3.961</u>
26. Gewinnvortrag aus dem Vorjahr			<u>---</u>	<u>-</u>
			<u>4.030.537,71</u>	<u>3.961</u>
27. Entnahmen aus Gewinnrücklagen				
a) aus der Sicherheitsrücklage		<u>---</u>		<u>-</u>
b) aus anderen Rücklagen		<u>---</u>		<u>-</u>
			<u>4.030.537,71</u>	<u>3.961</u>
28. Einstellungen in Gewinnrücklagen				
a) in die Sicherheitsrücklage		<u>---</u>		<u>-</u>
b) in andere Rücklagen		<u>---</u>		<u>-</u>
			<u>---</u>	<u>-</u>
29. Bilanzgewinn			<u>4.030.537,71</u>	<u>3.961</u>

Anhang zum Jahresabschluss 2012

Grundlagen der Rechnungslegung

Der Jahresabschluss wurde unter Beachtung der Vorschriften des Handelsgesetzbuchs (HGB) und der Verordnung über die Rechnungslegung der Kreditinstitute (RechKredV) aufgestellt.

Bilanzierungs- und Bewertungsmethoden

1. Allgemeine Angaben

Die Bilanzierungs- und Bewertungsmethoden wurden im Geschäftsjahr 2012 nicht verändert.

2. Bilanzierung und Bewertung der Aktivposten

Forderungen an Kunden und Kreditinstitute einschließlich Schuldscheindarlehen mit Halteabsicht bis zur Endfälligkeit und Namensschuldverschreibungen haben wir zum Nennwert bilanziert. Die Unterschiedsbeträge zwischen Nennwert und Auszahlungsbetrag wurden aufgrund ihres Zinscharakters in die Rechnungsabgrenzungsposten aufgenommen; sie werden planmäßig auf die Zinsbindungsdauer bzw. die Laufzeit, dann max. fünf Jahre, verteilt.

Für akute Ausfallrisiken bei Forderungen an Kunden haben wir Einzelwertberichtigungen in Höhe des zu erwartenden Ausfalls gebildet. Ferner wurden nach den Erfahrungen der Vergangenheit (Ausfälle der letzten fünf Jahre) bemessene Pauschalwertberichtigungen auf den latent gefährdeten Forderungsbestand berücksichtigt. Zusätzlich besteht Vorsorge für die besonderen Risiken des Geschäftszweigs der Kreditinstitute.

Der Wechselbestand wurde zum Zeitwert bilanziert.

Anschaffungskosten von Wertpapieren, die aus mehreren Erwerbsvorgängen resultieren, wurden auf Basis des Durchschnittspreises ermittelt.

Schuldverschreibungen und andere festverzinsliche Wertpapiere sowie Aktien und andere nicht festverzinsliche Wertpapiere der Liquiditätsreserve (Umlaufvermögen) sind mit ihren Anschaffungskosten unter Beachtung des strengen Niederstwertprinzips und des Wertaufholungsgebots bilanziert. Zusätzlich besteht Vorsorge für die besonderen Risiken des Geschäftszweigs der Kreditinstitute.

Wertpapiere, die dazu bestimmt wurden, dauernd dem Geschäftsbetrieb zu dienen (Anlagevermögen), wurden ebenfalls nach dem strengen Niederstwertprinzip bewertet.

Angesichts der Unsicherheiten über die Auswirkungen der europäischen Staatsschuldenkrise haben wir nähere Erläuterungen zum Risiko von Emittenten aus wirtschaftsschwachen Staaten in den Lagebericht aufgenommen. Die entsprechenden Wertpapiere sind fast ausschließlich Bestandteile von Spezialfonds, eine Schuldverschreibung ist der Liquiditätsreserve zugeordnet. Anleihen griechischer Emittenten haben wir nicht im Bestand.

Finanzinstrumente des Handelsbestands sind zum beizulegenden Zeitwert abzüglich eines Risikoabschlags bewertet worden (§ 340e Abs. 3 HGB).

Existiert für ein Wertpapier bzw. ein Finanzinstrument des Handelsbestands ein aktiver Markt, entspricht der beizulegende (Zeit-)Wert dem Markt- bzw. Börsenpreis am Bilanzstichtag. Liegt kein aktiver Markt vor, wird der beizulegende (Zeit-)Wert durch allgemein anerkannte Bewertungsmethoden ermittelt. Für Anteile an Investmentfonds haben wir als beizulegenden (Zeit-)Wert den investimentrechtlichen Rücknahmepreis angesetzt. Einen aktiven Markt haben wir unterstellt, wenn Marktpreise von einer Börse, einem Händler oder einer Preis-Service-Agentur leicht und regelmäßig erhältlich sind und auf aktuellen und regelmäßig auftretenden Markttransaktionen beruhen.

Für Teile unseres zinsbezogenen Wertpapierbestands waren die Märkte zum Bilanzstichtag als nicht aktiv anzusehen. Dies ist hauptsächlich der Fall, weil wir Schuldverschreibungen im außerbörslichen Interbankenhandel erwerben. Das Emissionsvolumen dieser Wertpapiere wird in der Regel bei wenigen institutionellen Anlegern platziert. Daher haben wir für diese Wertpapiere die von den Marktteilnehmern veröffentlichten indikativen Kurse verwendet.

Bei zwei Kapitalmarktfooten, die als strukturierte Finanzinstrumente nach IDW RS HFA 22 zu beurteilen sind, haben wir die indikativen Kurse durch modellbasierte Bewertungen mit Hilfe des Discounted Cashflow Verfahrens (DCF-Modell) plausibilisiert.

Für eine Anleihe erfolgte eine modellbasierte Bewertung mit Hilfe des Discounted Cashflow Verfahrens (DCF-Modell). Der aus dem Wertpapier nach den vertraglichen Vereinbarungen erwartete Cashflow wurde dabei mit einem geeigneten Zins abgezinst. Der Diskontierungszins setzt sich aus einem Basiszins und einem Risikozuschlag (Spread) zusammen. Für die Bestimmung der Parameter haben wir vorrangig am Markt beobachtbare Werte verwendet. Als Basiszins diente die aus dem Interbankenhandel abgeleitete "Swap-Kurve"; der Spread wurde mit Hilfe von Marktinformationen der Agentur Reuters, die mit Veröffentlichungen weiterer Marktteilnehmer plausibilisiert wurden, ermittelt.

Die unternehmensindividuelle Festsetzung wesentlicher Bewertungsparameter ist mit Ermessensentscheidungen verbunden, die - trotz sachgerechter Ermessensausübung - im Vergleich mit aktiven Märkten zu deutlich höheren Schätzunsicherheiten führen.

Beteiligungen sind mit den Anschaffungskosten, vermindert um Abschreibungen wegen dauernder sowie voraussichtlich vorübergehender Wertminderung, bilanziert. Ausstehende Verpflichtungen zur Leistung gesellschaftsvertraglich begründeter Einlageverpflichtungen wurden dann aktiviert, wenn sie am Bilanzstichtag bereits eingefordert wurden. Die Beteiligungsbewertung erfolgt nicht auf Basis der Vorgaben des IDW RS HFA 10 (Ertragswertverfahren), da die Art bzw. der betragsliche Umfang unserer Beteiligungen dies rechtfertigen.

Die Sachanlagen, die ab dem Jahr 2010 angeschafft worden sind, werden linear über die voraussichtliche Nutzungsdauer abgeschrieben. Vor dem Jahr 2010 angeschaffte Vermögensgegenstände schreiben wir unter Nutzung der Übergangsmöglichkeiten des BilMoG (Artikel 67 Abs. 4 EGHGB) weiterhin mit den steuerlich zulässigen Höchstsätzen ab. Niedrigere Wertansätze auf Sachanlagevermögen, die aus der Übernahme steuerrechtlicher Regelungen resultierten (§ 6b EStG), haben wir ebenfalls nach Artikel 67 Abs. 4 EGHGB fortgeführt.

Geringwertige Vermögensgegenstände mit Anschaffungskosten bis 150 Euro werden sofort als Sachaufwand erfasst. Bei Anschaffungskosten von mehr als 150 Euro bis 1.000 Euro bzw. bei Software bis 410 Euro wird ein Sammelposten gebildet, der aufgrund der insgesamt unwesentlichen Bedeutung für die Vermögens-, Finanz- und Ertragslage im Rahmen einer Gesamtbetrachtung über fünf Jahre ergebniswirksam verteilt wird.

Software wurde nach den Grundsätzen des Rechnungslegungsstandards HFA 11 des Instituts der Wirtschaftsprüfer e.V. bilanziert.

Einen Überhang aktiver latenter Steuern, der sich nach Saldierung mit passiven latenten Steuern ergab, haben wir in Ausübung des Wahlrechts aus § 274 Abs. 1 Satz 2 HGB nicht bilanziert.

3. Bilanzierung und Bewertung der Passivposten

Verbindlichkeiten sind mit den Erfüllungsbeträgen angesetzt. Agien und Disagien werden in Rechnungsabgrenzungsposten eingestellt und zeitanteilig verteilt.

Beim erstmaligen Ansatz von Rückstellungen wird der diskontierte Erfüllungsbetrag in einer Summe erfasst (Nettomethode).

Die Rückstellungen für unmittelbar zugesagte Pensionen und ähnliche Verpflichtungen haben wir nach dem finanzmathematischen Teilwertverfahren auf Grundlage der Heubeck-Richttafeln 2005G berechnet. Bei der Ermittlung wurden jährliche Lohn- und Gehaltssteigerungen von 2,5 % und Rentensteigerungen von 1,5 % unterstellt. Die Rückstellungen wurden unter Wahrnehmung des Wahlrechts gemäß § 253 Abs. 2 Satz 2 HGB pauschal mit dem von der Deutschen Bundesbank veröffentlichten durchschnittlichen Marktzins der vergangenen sieben Jahre abgezinst, der sich bei einer angenommenen Restlaufzeit von 15 Jahren ergibt.

Die sonstigen Rückstellungen entfallen im Wesentlichen auf Verpflichtungen aus banküblichen Geschäften im Zusammenhang mit Bonuszahlungen für Sparverträge sowie aus Verpflichtungen im Zusammenhang mit Gehaltszahlungen. Sie wurden in Höhe des voraussichtlichen Erfüllungsbetrags unter Berücksichtigung zukünftiger Kostensteigerungen gebildet.

Für Zwecke der Rückstellungsbildung haben wir eine Einschätzung vorgenommen, ob dem Grunde nach rückstellungspflichtige Tatbestände vorliegen und ob nach aktuellen Erkenntnissen mit hoher Wahrscheinlichkeit eine Inanspruchnahme zu erwarten ist. Bei der Beurteilung von Rechtsrisiken haben wir die aktuelle Rechtsprechung berücksichtigt.

Bei einer voraussichtlichen Restlaufzeit von mehr als einem Jahr erfolgte eine Abzinsung. Die Abzinsung erfolgte mit dem ihrer Restlaufzeit entsprechenden, von der Deutschen Bundesbank veröffentlichten durchschnittlichen Marktzins der vergangenen sieben Jahre. Bei der Bestimmung des Diskontierungszinssatzes sind wir davon ausgegangen, dass Änderungen des Zinssatzes jeweils zum Jahresende eingetreten sind. Entsprechend sind wir für die Bestimmung des Zeitpunkts der Änderungen des Verpflichtungsumfangs bzw. des zweckentsprechenden Verbrauchs vorgegangen.

Zur Sicherung gegen allgemeine Bankrisiken wurden dem Sonderposten gemäß § 340g HGB neue Mittel zugeführt. Zusätzlich wurde dem Sonderposten für allgemeine Bankrisiken gemäß § 340e Abs. 4 HGB ein entsprechender Betrag der Nettoerträge des Handelsbestands zugeführt und dort gesondert ausgewiesen.

4. Bewertung des zinsbezogenen Bankbuchs (Zinsbuch)

Zinsbezogene Finanzinstrumente (einschließlich Derivate) unseres Bankbuchs (Zinsbuchs) haben wir auf der Grundlage der vom IDW veröffentlichten Stellungnahme zur Rechnungslegung RS BFA 3 "Einzelfragen der verlustfreien Bewertung von zinsbezogenen Geschäften des Bankbuchs (Zinsbuch)" nach der Barwertmethode bewertet. Ein Verpflichtungsüberschuss besteht nicht, so dass die Bildung einer Rückstellung nicht erforderlich war.

5. Bilanzierung und Bewertung von Derivaten

Die Sparkasse setzt Derivate im Wesentlichen im Rahmen der Zinsbuchsteuerung ein. Sie wurden in die verlustfreie Bewertung des Bankbuchs (Zinsbuchs) einbezogen.

Darüber hinaus wurde eine Bewertungseinheit gemäß § 254 HGB als Micro-Hedge zur Absicherung von Zinsrisiken eines Wertpapiers gebildet. Die Angaben nach § 285 Nr. 23 HGB erfolgen in einem separaten Abschnitt des Anhangs.

Derivate, die weder in die verlustfreie Bewertung des Bankbuchs bzw. in die Bewertungseinheit nach § 254 HGB einbezogen wurden, bestehen nur in Form von Devisentermingeschäften zur besonderen Deckung von Währungsgeschäften.

Strukturierte Produkte wurden einheitlich bilanziert und verbunden bewertet. Die Bilanzierung und Bewertung erfolgte in Übereinstimmung mit der Stellungnahme RS HFA 22 des IDW.

6. Ausweis in Bilanz und Gewinn- und Verlustrechnung sowie im Anhang

Die laufenden Erträge aus Finanzinstrumenten des Handelsbestands werden in Übereinstimmung mit unserer internen Steuerung in der Gewinn- und Verlustrechnung unter den laufenden Erträgen aus Aktien und anderen nicht festverzinslichen Wertpapieren ausgewiesen.

Der Ausweis der Ergebnisse der Währungsumrechnung erfolgt unter den sonstigen betrieblichen Erträgen bzw. den sonstigen betrieblichen Aufwendungen. In den Ausweis haben wir auch realisierte Gewinne und Verluste einbezogen.

Die zu Posten oder Unterposten der Bilanz nach Restlaufzeiten gegliederten Beträge beinhalten keine anteiligen Zinsen.

7. Angabe der Grundlage für die Umrechnung von Fremdwährungsposten in Euro

Nicht dem Handelsbestand zugeordnete oder nicht in Bewertungseinheiten gemäß § 254 HGB aufgenommene, auf ausländische Währung lautende Vermögensgegenstände und Verbindlichkeiten sowie am Bilanzstichtag nicht abgewickelte Kassageschäfte sind mit dem Devisenkassamittelkurs am Bilanzstichtag in Euro umgerechnet.

In den Beständen sind in derselben Währung besonders gedeckte Geschäfte vorhanden. Von einer besonderen Deckung gehen wir aus, wenn das Wechselkursänderungsrisiko durch sich betragsmäßig entsprechende Geschäfte oder Gruppen von Geschäften einer Währung beseitigt wird. Bei den besonders gedeckten Geschäften handelt es sich um laufende Konten und Devisentermingeschäfte von Kunden, die durch gegenläufige Geschäfte mit Kreditinstituten gedeckt sind. Für die entsprechenden, zum Jahresende nicht abgewickelten Termingeschäfte wurde der Terminkurs herangezogen.

Die Aufwendungen und Erträge der besonders gedeckten Geschäfte wurden saldiert und in der Gewinn- und Verlustrechnung unter den sonstigen betrieblichen Erträgen bzw. den sonstigen betrieblichen Aufwendungen ausgewiesen.

Die Aufwendungen aus der Währungsumrechnung wurden unabhängig von der Restlaufzeit erfolgswirksam berücksichtigt und im sonstigen Ergebnis ausgewiesen. Die Erträge aus der Umrechnung von Fremdwährungsposten mit einer Restlaufzeit von einem Jahr oder weniger wurden erfolgswirksam vereinnahmt und analog ausgewiesen.

Auf Fremdwährung lautende Bargeldbestände wurden zum Kassakurs am Bilanzstichtag in Euro umgerechnet.

Erläuterungen zur Bilanz

	<u>Euro</u>	<u>Euro i. Vj.</u>
Aktiva 3 - Forderungen an Kreditinstitute		
In diesem Posten sind enthalten:		
- Forderungen an die eigene Girozentrale	2.956.938,67	
Der Unterposten b) - andere Forderungen - setzt sich nach Restlaufzeiten wie folgt zusammen:		
- bis drei Monate	93.694,24	
- mehr als drei Monate bis ein Jahr	5.051.392,28	
- mehr als ein Jahr bis fünf Jahre	21.246.245,58	
- mehr als fünf Jahre	5.742.375,14	
In folgendem Unterposten sind enthalten:		
b) andere Forderungen		
- nachrangige Forderungen	26.266.578,29	31.306.977,60
Aktiva 4 - Forderungen an Kunden		
In diesem Posten sind enthalten:		
- Forderungen an Unternehmen, mit denen ein Beteiligungsverhältnis besteht	11.667.429,25	10.046.600,49
- nachrangige Forderungen	59.019,96	3.557.457,24
Dieser Posten setzt sich nach Restlaufzeiten wie folgt zusammen:		
- bis drei Monate	75.320.589,18	
- mehr als drei Monate bis ein Jahr	97.007.577,38	
- mehr als ein Jahr bis fünf Jahre	389.276.342,64	
- mehr als fünf Jahre	816.534.911,41	
- Forderungen mit unbestimmter Laufzeit	65.286.008,19	
Aktiva 5 - Schuldverschreibungen und andere festverzinsliche Wertpapiere		
In diesem Posten sind enthalten:		
- Beträge, die bis zum 31.12.2013 fällig werden	55.309.052,70	
- nachrangige Vermögensgegenstände	4.505.213,76	8.778.331,12
Von den in diesem Posten enthaltenen börsenfähigen Wertpapieren sind:		
- börsennotiert	318.719.453,92	
- nicht börsennotiert	10.345.129,00	

Die folgende Darstellung dient dazu, zusätzliche Informationen zur Bilanzierung und Bewertung unseres Wertpapierbestands zu vermitteln:

Auf Wertpapiere, für die der Markt als inaktiv einzustufen ist, entfallen 87,4 % (284,4 Mio. Euro) unseres Gesamtbestands.

Art der Anlage	Buchwerte Mio. Euro	Aktiver Markt	Grundlage für die Bewertung
<u>Umlaufvermögen</u>			
Staatsanleihe Eurozone	5,0	ja	Marktpreis
Wertpapiere inländ. öffentlicher Emittenten	35,0	ja	Marktpreis
Festverzinsliche gedeckte Wertpapiere	10,0	nein	Indikativer Preis
Festverzinsliche sonstige Wertpapiere	137,0	nein	Indikativer Preis
Variabel verzinsliche Kapitalmarktfloater	34,1	nein	Indikativer Preis
Variabel verzinsliche sonstige Wertpapiere	99,1	nein	Indikativer Preis
Wertpapier aus Bewertungseinheit	4,2	nein	Bewertungsmodell
Zurückgekaufte eigene IHS	1,1	ja	Marktpreis

Aktiva 6 - Aktien und andere nicht festverzinsliche Wertpapiere

In diesem Posten sind enthalten:

- nachrangige Vermögensgegenstände	0,00	1.765.712,50
------------------------------------	------	--------------

Die Sparkasse hält mehr als 10 % der Anteile an folgenden, nach Anlagezielen gegliederten inländischen Investmentvermögen im Sinne des Investmentgesetzes (InvG).

	Buchwert Mio. Euro	Marktwert Mio. Euro	Diff. Marktwert - Buchwert Mio. Euro	Ausschüttung 2012 Mio. Euro
Rentenfonds:				
Spezialfonds Graf-Engelbert II Der Fonds ist ein Rentenfonds mit einer schwerpunktmäßigen Investition in dänische Staatsanleihen und Pfandbriefe, wobei das Währungsrisiko gehedged ist.	15,5	17,2	1,7	0,7
Spezialfonds Graf-Adolf II Der Fonds ist ein Rentenfonds mit einer schwerpunktmäßigen Investition im Investmentgrade-Bereich von europäischen Unternehmen mit einer sehr breiten Streuung (Einzelwert i. d. R. nicht größer als 300 Tsd. Euro).	34,1	34,6	0,5	1,3
Mischfonds:				
Spezialfonds Graf-Engelbert I Die Anlage erfolgt zu 70 % in Rentenpapieren (überwiegend Staats- und andere besicherte Anleihen) und zu 30 % in europäischen Standardaktien. Z. Z. entfallen ca. 16 % des Fondsvermögens auf High Yields.	67,4	78,8	11,4	3,1
Spezialfonds Graf-Adolf I Die Anlage erfolgt z. Z. zu ca. 35 % in Aktien (Euro-Stoxx-Werte) sowie zu ca. 65 % in Renten (überwiegend europäische Staatsanleihen und Pfandbriefe) und liquide Mittel. Ziel ist ein Aktienanteil von 30 % und ein Rentenanteil von 70 %.	24,6	24,6	0,0	0,9

Bei allen Investmentfonds ist eine tägliche Rückgabe möglich.
Es wurden keine Abschreibungen unterlassen.

Die folgende Darstellung dient dazu, zusätzliche Informationen zur Bilanzierung und Bewertung unseres Wertpapierbestands zu vermitteln. Die in der obigen Aufstellung enthaltenen Fondsanteile sind hierin enthalten:

Art der Anlage	Buchwerte Mio. Euro	Aktiver Markt	Grundlage für die Bewertung
<u>Umlaufvermögen</u>			
Spezialfondsanteile	61,1	ja	Rücknahmewert gem. InvG
Publikumsfondsanteile	37,1	ja	Rücknahmewert gem. InvG
<u>Anlagevermögen</u>			
Aktien	0,4	ja	Börsen-/Marktpreis
Spezialfondsanteile	67,4	ja	Rücknahmewert gem. InvG

Von den in diesem Posten enthaltenen börsenfähigen Wertpapieren sind:

- börsennotiert	12.367.757,15
- nicht börsennotiert	18.552.815,32

Aktiva 6a - Handelsaktiva

Innerhalb des Geschäftsjahrs haben wir die institutsintern festgelegten Kriterien für die Einbeziehung von Finanzinstrumenten in den Handelsbestand nicht geändert.

Der Handelsbestand besteht ausschließlich aus Aktien (1.865,1 Tsd. Euro) und anderen nicht festverzinslichen Wertpapieren (793,0 Tsd. Euro).

Finanzinstrumente des Handelsbestands wurden mit dem beizulegenden Zeitwert abzüglich eines Risikoabschlags bilanziert. Als beizulegender Zeitwert wurde der Börsenkurs bzw. der Rücknahmewert gem. InvG angesetzt. In Übereinstimmung mit unserer Vorgehensweise bei der internen Risikosteuerung wurde der Risikoabschlag für die Finanzinstrumente des Handelsbestands anhand der dort angewandten Value-at-Risk-Methode (VAR) ermittelt. Dabei wurde eine Haltedauer von zehn Tagen und ein Beobachtungszeitraum von 250 Tagen bei einem Konfidenzniveau von 99 % zu Grunde gelegt. Der unter diesen wesentlichen Annahmen ermittelte Risikoabschlag beträgt 417.945,44 Euro.

Aktiva 7 - Beteiligungen

Im Hinblick auf die untergeordnete Bedeutung der Beteiligungen für die Vermögens-, Finanz- und Ertragslage der Sparkasse wird auf Angaben gem. § 285 Nr. 11 und 11a HGB verzichtet.

Aktiva 9 - Treuhandvermögen

Das ausgewiesene Treuhandvermögen stellt in voller Höhe Forderungen an Kunden dar. Weiterleitungsdarlehen mit 100-prozentiger Haftungsfreistellung in Höhe von 3,3 Mio. Euro wurden erstmals unter Treuhandvermögen und die entsprechenden Verbindlichkeiten gegenüber dem Mittelgeber unter Treuhandverbindlichkeiten ausgewiesen.

Aktiva 12 - Sachanlagen

In diesem Posten sind enthalten:

- im Rahmen der eigenen Tätigkeit genutzte Grundstücke und Bauten 7.240.556,31

Aktiva 13 - Sonstige Vermögensgegenstände

In diesem Posten sind enthalten:

- Anteilsbesitz an der Stadtwerke Solingen GmbH ohne Dauerhalteabsicht 12.565.130,00

Die Übernahme des Anteilsbesitzes an der Stadtwerke Solingen GmbH erfolgte zum 30.09.2012. Da wir nur eine vorübergehende Haltedauer beabsichtigen, wird der Anteilsbesitz unter Sonstige Vermögensgegenstände ausgewiesen.

Aktiva 14 - Rechnungsabgrenzungsposten

In diesem Posten sind enthalten:

- Unterschiedsbetrag zwischen Rückzahlungsbetrag und niedrigerem Ausgabebetrag bei Verbindlichkeiten 786.996,88 1.086.244,13

Aktive latente Steuern

Aus den in § 274 HGB genannten Sachverhalten resultieren latente Steuerbe- und Steuerentlastungseffekte. Wir haben diese Effekte auf der Basis eines Körperschaftsteuersatzes von 15 % zzgl. hierauf 5,5 % Solidaritätszuschlag und einem Gewerbesteuersatz von 16,625 % unter Zugrundelegung des Deutschen Rechnungslegungsstandards Nr. 18 ermittelt. Aktive und passive latente Steuern haben wir verrechnet.

Einen verbleibenden Überhang aktiver latenter Steuern haben wir nicht angesetzt. Die verrechneten passiven und aktiven latenten Steuern resultieren im Wesentlichen aus unterschiedlichen Wertansätzen folgender Gruppen von Vermögensgegenständen und Schulden: Forderungen an Kunden, Wertpapiere, Beteiligungen, Sachanlagen, Rückstellungen.

Mit Blick auf die zu versteuernden temporären Differenzen und die Erwartung voraussichtlicher künftiger steuerpflichtiger Gewinne halten wir die voraussichtliche Realisierung der aktiven latenten Steuern für gegeben.

Währungsumrechnung

Unter den Aktiva lauten auf Fremdwährung Vermögensgegenstände im Gesamtbetrag von 7.944.710,43 Euro.

Entwicklung des Anlagevermögens

in Euro	Anschaffungskosten	Veränderungen während des Berichtsjahrs			Zuschreibungen	Abschreibungen insgesamt	Bilanzwert zum 31.12.2012	Bilanzwert zum 31.12.2011	Abschreibungen des Geschäftsjahrs	Abschreibungen des Vorjahrs
		Zugänge	Abgänge	Umbuchungen						
Grundstücke und Gebäude	68.856.330,76	49.696,17	0,00	0,00	0,00	54.845.567,71	14.060.459,22	14.874.345,83	863.582,78	943.161,69
Betriebs- und Geschäftsausstattung	25.807.147,07	540.412,37	944.350,10	0,00	0,00	22.740.153,89	2.663.055,45	2.982.663,00	847.513,92	870.199,80
Immaterielle Anlagewerte	1.618.920,39	126.792,95	5.757,81	0,00	0,00	1.602.098,53	137.857,00	80.739,00	68.234,95	82.334,07
		Veränderungen zusammengefasst								
Schuldv. u. andere festv. Wertpapiere	0,00				+	0,00	0,00	0,00		
Aktien u. andere nicht festv. Wertpapiere	67.969.271,06				-	219.680,00	67.749.591,06	67.969.271,06		
Beteiligungen	48.711.826,36				-	9.333.749,92	39.378.076,44	40.261.546,64		
Anteile an Wohnungsbaugenossenschaften	92.550,00				-	12.000,00	80.550,00	80.550,00		
Sonstige Vermögensgegenstände	101.019,73				+	0,00	101.019,73	101.019,73		

Passiva 1 - Verbindlichkeiten gegenüber Kreditinstituten

In diesem Posten sind enthalten:

- Verbindlichkeiten gegenüber der eigenen Girozentrale	6.329.423,04	
Der Unterposten b) setzt sich nach Restlaufzeiten wie folgt zusammen:		
- bis drei Monate	2.043.462,94	
- mehr als drei Monate bis ein Jahr	7.638.591,50	
- mehr als ein Jahr bis fünf Jahre	136.228.246,39	
- mehr als fünf Jahre	88.720.845,80	

Passiva 2 - Verbindlichkeiten gegenüber Kunden

In diesem Posten sind enthalten:

- Verbindlichkeiten gegenüber Unternehmen, mit denen ein Beteiligungsverhältnis besteht	711.745,25	678.280,93
Der Unterposten ab) - Spareinlagen mit vereinbarter Kündigungsfrist von mehr als drei Monaten - setzt sich nach Restlaufzeiten wie folgt zusammen:		
- bis drei Monate	9.129.093,97	
- mehr als drei Monate bis ein Jahr	11.260.783,71	
- mehr als ein Jahr bis fünf Jahre	12.373.688,90	
- mehr als fünf Jahre	327.479,26	
Der Unterposten bb) - andere Verbindlichkeiten mit vereinbarter Laufzeit oder Kündigungsfrist - setzt sich nach Restlaufzeiten wie folgt zusammen:		
- bis drei Monate	50.102.733,27	
- mehr als drei Monate bis ein Jahr	83.901.605,56	
- mehr als ein Jahr bis fünf Jahre	97.195.125,18	
- mehr als fünf Jahre	3.348.273,32	

Passiva 3 - Verbriefte Verbindlichkeiten

Im Unterposten a) sind bis zum 31.12.2013 fällige Beträge enthalten:

8.603.113,34

Passiva 4 - Treuhandverbindlichkeiten

Bei den Treuhandverbindlichkeiten handelt es sich um Verbindlichkeiten gegenüber Kreditinstituten.

Passiva 5 - Sonstige Verbindlichkeiten

In diesem Posten sind enthalten:

- Verbindlichkeiten aus der Sonderumlage gemäß § 20 Abs. 1 der Satzung des Rheinischen Sparkassen- und Giroverbands zur Deckung der Verbandskosten	1.262.936,84	
- noch abzuführende Steuerbeträge	4.561.522,35	

Passiva 6 - Rechnungsabgrenzungsposten

In diesem Posten ist enthalten der Unterschiedsbetrag zwischen Nennbetrag und niedrigerem Auszahlungsbetrag von Forderungen in Höhe von

2.749.027,23 3.144.428,41

Passiva 9 - Nachrangige Verbindlichkeiten

Die Bedingungen für diese von der Sparkasse eingegangenen nachrangigen Verbindlichkeiten entsprechen den Anforderungen des § 10 Abs. 5a Satz 1 KWG. Die Umwandlung dieser Mittel in Kapital oder eine andere Schuldform ist nicht vereinbart oder vorgesehen.

Folgende nachrangige Verbindlichkeiten übersteigen 10 % des Gesamtbetrags:

Betrag	Zinssatz	Fälligkeit	vorz. Rückzahlungsverpflichtung
860.000,00 Euro	3,875%	Januar 2013	nein

Die übrigen nachrangigen Verbindlichkeiten haben eine Durchschnittsverzinsung von 3,901 %. Alle nachrangigen Verbindlichkeiten haben ursprüngliche Laufzeiten von 6 Jahren. Innerhalb des nächsten Geschäftsjahrs wird der Gesamtbetrag zur Rückzahlung fällig.

Für die in dieser Position ausgewiesenen Verbindlichkeiten sind im Geschäftsjahr Aufwendungen in Höhe von 257.014,81 Euro angefallen.

Erläuterungen zu den Posten unter dem Bilanzstrich

Eventualverbindlichkeiten

Bei unseren Kreditgewährungen werden in diesem Posten für Kreditnehmer übernommene Bürgschaften und Gewährleistungsverträge erfasst. Auf Basis der regelmäßigen Bonitätsbeurteilungen der Kunden im Rahmen unserer Kreditrisikomanagementprozesse gehen wir für die hier ausgewiesenen Beträge davon aus, dass sie nicht zu einer wirtschaftlichen Belastung der Sparkasse führen werden.

Andere Verpflichtungen

Die unter diesem Posten ausgewiesenen unwiderruflichen Kreditzusagen werden im Rahmen unserer Kreditvergabeprozesse herausgelegt. Auf dieser Grundlage sind wir der Auffassung, dass unsere Kunden voraussichtlich in der Lage sein werden, ihre vertraglichen Verpflichtungen nach der Auszahlung zu erfüllen.

Währungsumrechnung

Unter den Passiva und den Eventualverbindlichkeiten lauten auf Fremdwährung Verbindlichkeiten im Gesamtbetrag von 1.545.487,83 Euro.

Verbindlichkeiten, für die Vermögensgegenstände als Sicherheit übertragen sind

Für die folgenden in der Bilanz ausgewiesenen Verbindlichkeiten sind Vermögensgegenstände als Sicherheit übertragen:

Sicherungsabtretung von Kreditforderungen an die NRW.Bank für Weiterleitungsmittel
in Höhe von 134.974.817,45 Euro

Hinterlegung von Wertpapieren auf einem Sicherheitenkonto für Offenmarktgeschäfte
in Höhe von 30.000.000,00 Euro

Erläuterungen zur Gewinn- und Verlustrechnung

Die sonstigen betrieblichen Aufwendungen enthalten folgende wesentliche Einzelbeträge:
Sonderumlage in Höhe von 1,3 Mio. Euro gemäß § 20 Abs. 1 der Satzung des Rheinischen Sparkassen- und Giroverbands zur Deckung der Verbandskosten.

Angaben zu derivativen Finanzinstrumenten

Die Sparkasse hat im Rahmen der Steuerung bzw. Sicherung von Zinsänderungsrisiken Deckungsgeschäfte in Form von Swapgeschäften abgeschlossen.

Die noch nicht abgewickelten Devisentermingeschäfte mit Kunden wurden betrag-, währungs- und fristenkongruent durch Devisentermingeschäfte mit der zuständigen Landesbank gedeckt.

Bei den zinsbezogenen Deckungsgeschäften handelt es sich um die in die Bewertungseinheit oder in die verlustfreie Bewertung des Bankbuchs einbezogenen schwebenden Geschäfte.

Zum Bilanzstichtag gliedern sich die nicht zum beizulegenden Zeitwert bilanzierten derivativen Finanzinstrumente, bei denen es sich ausschließlich um OTC-Produkte handelt, wie folgt:

	Nominalbeträge in Mio. Euro				Beizulegende Zeitwerte ¹⁾ in Mio. Euro	Buchwerte in Mio. Euro
	nach Restlaufzeiten			Insge- samt		Rückstellung (P7)
bis 1 Jahr	1 - 5 Jahre	> 5 Jahre				
Zinsbezogene Geschäfte						
Zinsswaps	37,0	120,5	66,5	224,0	-16,6	
davon: Deckungsgeschäfte	37,0	120,5	66,5	224,0	-16,6	
Zinsswaps	0,0	10,0	0,0	10,0	0,0	
davon: Deckungsgeschäfte	0,0	10,0	0,0	10,0	0,0	
Währungsbezogene Geschäfte mit Kunden	Nominalbeträge in Mio. Euro		Beizulegende Zeitwerte ¹⁾ in Tsd. Euro		Restlaufzeiten	
Devisentermingeschäfte mit Kunden	2,1		-8,9		bis 1 Jahr	
mit Kreditinstituten (Deckungsgeschäfte)	2,1		9,0		bis 1 Jahr	

¹⁾ Aus Sicht der Sparkasse negative Zeitwerte werden mit Minus angegeben.

Die ausgewiesenen Zeitwerte enthalten keine Abgrenzungen und Kosten (clean-price).

Die im Rahmen der Steuerung von Zinsänderungsrisiken abgeschlossenen Zinsswapgeschäfte wurden in die verlustfreie Bewertung des Bankbuchs einbezogen und somit nicht einzeln bewertet. Für die Swapgeschäfte wurden die Zeitwerte als Barwert zukünftiger Zinszahlungsströme auf Basis der Marktzinsmethode ermittelt. Dabei fanden die Swap-Zinskurven per 31.12.2012 Verwendung.

Zur Ermittlung der Zeitwerte von Devisentermingeschäften mit Kunden und deren Deckungsgeschäften wurde der Terminkurs am Bilanzstichtag für die entsprechenden Restlaufzeiten herangezogen. Dieser wurde dem Handelssystem der Helaba entnommen.

Bei den Kontrahenten der derivativen Finanzinstrumente handelt es sich um deutsche Kreditinstitute. Zusätzlich wurden Devisentermingeschäfte mit Kunden abgeschlossen.

Bewertungseinheiten

Im Risikomanagement eingegangene Sicherungsbeziehungen, die die Voraussetzungen des § 254 HGB erfüllen, werden auch für bilanzielle Zwecke als Sicherungsbeziehung (Bewertungseinheit) behandelt.

Die bilanzielle Behandlung von Bewertungseinheiten gemäß § 254 HGB erfolgt nach den gesetzlichen Vorschriften und den Interpretationen des Rechnungslegungsstandards IDW RS HFA 35. Auf dieser Basis ermitteln wir für die zum Bilanzstichtag bestehende Bewertungseinheit die Wertänderung von Grund- und Sicherungsgeschäft. Wir differenzieren dabei nach Wertänderungen, die auf gesicherte Risiken und solche, die auf ungesicherte Risiken entfallen.

Die auf gesicherte Risiken entfallenden Wertänderungen werden auf der Grundlage der sog. "Einfrierungsmethode" außerhalb der bilanziellen Wertansätze miteinander verrechnet. Sofern sich die Wertänderungen nicht vollständig ausgleichen, bilden wir für einen Aufwandsüberhang eine Rückstellung, ein positiver Überhang bleibt unberücksichtigt. Da im Wesentlichen alle wertbestimmenden Parameter von Grund- und Sicherungsgeschäft identisch sind, unterstellen wir einen vollständigen Wertausgleich hinsichtlich der gesicherten Risiken (Critical Term Match Methode).

Die auf ungesicherte Risiken entfallenden Wertänderungen werden unsaldiert nach den allgemeinen Bilanzierungs- und Bewertungsgrundsätzen der zugrunde liegenden Geschäfte behandelt.

Grundlage der gebildeten Bewertungseinheit ist eine Dokumentation u. a. unserer Sicherungsabsicht und Sicherungsziele sowie die Darlegung, dass die Sicherungsgeschäfte objektiv geeignet sind, den angestrebten Sicherungserfolg zu gewährleisten. Zur prospektiven Beurteilung der Wirksamkeit einer Sicherungsbeziehung wenden wir folgendes Verfahren an: Simulation anhand des Tools "Rendite und Derivate" der Moosmüller und Knauf AG.

Bei der Bildung von Bewertungseinheiten gemäß § 254 HGB wurde folgender Posten einbezogen:

Vermögensgegenstand	einbezogener Betrag in Euro	Art der Bewertungseinheit	gesichertes Risiko
Schuldverschreibung	9.500.000,00	Micro-hedge	Zinsänderungsrisiko

Mit der Bewertungseinheit wurden Zinsänderungsrisiken mit einem Gesamtbetrag von 9,5 Mio. Euro abgesichert.

In der nachfolgenden Aufstellung ist dargestellt, warum und in welchem Umfang sich die gegenläufigen Wertänderungen oder Zahlungsströme künftig voraussichtlich ausgleichen.

Risiko		Grundgeschäft		Sicherungsinstrument		Art der Bewertungseinheit	Prospektive Effektivität
Art		Art	Betrag Mio. Euro	Risiko	Betrag Mio. Euro		
Zins	Zinsänderungsrisiko	Schuldverschreibung	9,5	Zinsswap	9,5	Micro-hedge	Critical Term Match

Der Zeitraum, in dem sich die gegenläufigen Wertänderungen oder Zahlungsströme künftig voraussichtlich ausgleichen, beginnt mit der Bildung der Bewertungseinheit und endet mit der Fälligkeit des Grundgeschäfts bzw. des Sicherungsgeschäfts.

Aus der Bilanz nicht ersichtliche finanzielle Verpflichtungen

Die ehemaligen Anteilseigner der Portigon AG, vormals Westdeutschen Landesbank AG (u. a. der Rheinische Sparkassen- und Giroverband, Düsseldorf - RSGV mit rd. 25,03 %) haben im November 2009 mit der Bundesanstalt für Finanzmarktstabilisierung (FMSA) Maßnahmen zur Übertragung von Vermögenswerten und Verbindlichkeiten der WestLB AG auf eine Abwicklungsanstalt vereinbart.

Auf dieser Grundlage wurden im Dezember 2009 die Verträge zur Errichtung einer Abwicklungsanstalt ("Erste Abwicklungsanstalt") gemäß § 8a Finanzmarktstabilisierungsfondsgesetz geschlossen. Der Rheinische Sparkassen- und Giroverband, Düsseldorf (RSGV) ist entsprechend seinem Anteil (25,03 %) verpflichtet, tatsächliche liquiditätswirksame Verluste der Abwicklungsanstalt, die nicht durch das Eigenkapital der Abwicklungsanstalt von 3 Mrd. Euro und deren erzielte Erträge ausgeglichen werden können, bis zu einem Höchstbetrag von 2,25 Mrd. Euro zu übernehmen.

Im Zuge der Übertragung weiterer Vermögenswerte und Verbindlichkeiten auf die Erste Abwicklungsanstalt im Jahr 2012 wurde die Haftung dergestalt modifiziert, dass der RSGV sich verpflichtet, bei Bedarf maximal 37,5 Mio. Euro als Eigenkapital zum Ausgleich bilanzieller Verluste zur Verfügung zu stellen. Die Ausgleichsverpflichtung für tatsächlich liquiditätswirksame Verluste verringert sich entsprechend um diesen Betrag, so dass der Höchstbetrag von 2,25 Mrd. Euro unverändert bleibt. Auf die Sparkasse entfällt als Mitglied des RSGV damit eine anteilige indirekte Gesamtverpflichtung entsprechend ihrer Beteiligung am RSGV (1,61 %). Auf Basis derzeitiger Erkenntnisse ist für diese Verpflichtung im Jahresabschluss 2012 der Sparkasse keine Rückstellung zu bilden.

Es besteht aber das Risiko, dass die Sparkasse während der voraussichtlich langfristigen Abwicklungsdauer entsprechend ihrem Anteil am RSGV aus ihrer indirekten Verpflichtung in Anspruch genommen wird. Für dieses Risiko wird die Sparkasse für einen Zeitraum von 25 Jahren aus dem Gewinn des jeweiligen Geschäftsjahrs eine jahresanteilige bilanzielle Vorsorge bilden. Es ist vorgesehen, den Vorsorgebedarf unter Berücksichtigung der Erkenntnisse und Erwartungen im Zusammenhang mit der Umsetzung des Abwicklungsplans unter Einbeziehung aller Beteiligten nach Ablauf von zehn Jahren zu überprüfen. Seit dem Geschäftsjahr 2009 wurde eine Vorsorge in Höhe von 4,9 Mio. Euro durch Dotierung des Fonds für allgemeine Bankrisiken nach § 340g HGB getroffen. Davon entfallen auf das Geschäftsjahr 2012 1,2 Mio. Euro.

Davon unberührt bleibt die Verpflichtung, im Rahmen der Erstellung des jeweiligen Jahresabschlusses zu prüfen, ob sich aufgrund der dann vorliegenden Erkenntnisse die Notwendigkeit ergibt, eine Rückstellung zu bilden.

Leistungszusage der Zusatzversorgungskasse

Die Stadt-Sparkasse Solingen ist Mitglied der Rheinischen Zusatzversorgungskasse (RZVK) und gehört dem im Umlageverfahren geführten Abrechnungsverband I (§ 55 Abs. 1a Satzung der RZVK) an. Die RZVK hat die Aufgabe, den Beschäftigten ihrer Mitglieder eine zusätzliche Alters-, Erwerbsminderungs- und Hinterbliebenenversorgung nach Maßgabe der Satzung und des Tarifvertrags vom 1.3.2002 (ATV-K) zu gewähren. Gemäß § 1 Abs. 1 S. 3 BetrAVG steht die Sparkasse für die Erfüllung der zugesagten Leistung ein (Subsidiärhaftung im Rahmen einer mittelbaren Versorgungsverpflichtung).

Im Geschäftsjahr 2012 betrug der Umlagesatz 4,25 % der zusatzversorgungspflichtigen Entgelte (Bemessungsgrundlage). Er bleibt im Jahr 2013 unverändert. Zum 31.12.2000 wurde das bisherige Gesamtversorgungssystem geschlossen und durch ein als Punktemodell konzipiertes Betriebsrentensystem ersetzt. Infolgedessen erhebt die RZVK zusätzlich zur Umlage ein so genanntes - pauschales - Sanierungsgeld in Höhe 3,5 % der Bemessungsgrundlage zur Deckung eines zusätzlichen Finanzbedarfs hinsichtlich der Finanzierung der Versorgungsansprüche, die im ehemaligen Gesamtversorgungssystem entstanden sind. Die Höhe der Umlage und des Sanierungsgelds werden auf der Basis gleitender Deckungsabschnitte, die jeweils mindestens einen Zeitraum von zehn Jahren (plus ein Überhangjahr) umfassen, regelmäßig (alle fünf Jahre) neu festgesetzt.

Die RZVK geht davon aus, dass mit dem im Jahr 2010 auf den jetzigen Wert von 7,75 % angehobenen Gesamtaufwand ein nachhaltiger und stetiger Umlage- und Sanierungsgeldsatz erreicht worden ist. Zusatzbeiträge zur schrittweisen Umstellung auf ein kapitalgedecktes Verfahren werden z. Z. nicht erhoben. Auf Basis der Angaben im Geschäftsbericht 2011 der RZVK werden die Leistungen zu etwa 24 % durch die erzielten Vermögenserträge finanziert. Die Betriebsrenten werden jeweils zum 1. Juli um 1 % ihres Betrags erhöht.

Die Gesamtaufwendungen für die Zusatzversorgung betragen bei umlage- und sanierungsgeldpflichtigen Entgelten von 25,0 Mio. Euro im Jahr 2012 1,9 Mio. Euro.

Nach der vom Institut der Wirtschaftsprüfer (IDW) in seinem Rechnungslegungsstandard HFA 30 vertretenen Rechtsauffassung begründet die Mitgliedschaft in der RZVK im Hinblick auf Fragen des Jahresabschlusses eine mittelbare Pensionsverpflichtung. Die RZVK hat im Auftrag der Sparkassen auf Basis der Rechtsauffassung des IDW den Barwert der auf die Sparkasse entfallenden Leistungsverpflichtungen nach Maßgabe des IDW RS HFA 30 zum 31.12.2012 für Zwecke der Angaben nach Art. 28 Abs. 2 EGHGB mit einem Betrag von 45,8 Mio. Euro ermittelt. Im Hinblick darauf, dass es sich bei dem Kassenvermögen um Kollektivvermögen aller Mitglieder des umlagefinanzierten Abrechnungsverbands I handelt, bleibt es für Zwecke dieser Ermittlung unberücksichtigt. Der Vermögensdeckungsgrad betrug nach Angaben im Geschäftsbericht 2011 der RZVK etwa 28,5 %. Der Verpflichtungsumfang wurde in Anlehnung an die versicherungsmathematischen Grundsätze und Methoden, die auch für unmittelbare Pensionsverpflichtungen angewendet wurden, unter Berücksichtigung einer jährlichen Rentensteigerung von 1% ermittelt. Als Diskontierungszinssatz wurde der gemäß § 253 Abs. 2 Satz 2 HGB i. V. m. der Rückstellungsabzinsungsverordnung ermittelte Wert zum 31.12.2012 verwendet.

Abschlussprüferhonorar

Im Geschäftsjahr wurden für den Abschlussprüfer folgende Honorare erfasst:

a) für die Abschlussprüfungsleistungen	198 Tsd. Euro
b) für andere Bestätigungsleistungen	33 Tsd. Euro
c) für sonstige Leistungen	0 Tsd. Euro
	<hr/>
Gesamthonorar	231 Tsd. Euro
	<hr/> <hr/>

Mitarbeiter/-innen

Im Jahresdurchschnitt wurden beschäftigt:

Vollzeitkräfte	376
Teilzeit- und Ultimokräfte	186
	<hr/>
	562
Auszubildende	36
Insgesamt	598
	<hr/> <hr/>

Verwaltungsrat

Mitglieder:

Oberbürgermeister
Norbert Feith
vorsitzendes Mitglied

Ulrich Uibel
Vorstand Wohnungsbaugenossenschaft
1. Stellvertreter des vorsitzenden Mitglieds

Heinz Bender
Rentner
2. Stellvertreter des vorsitzenden Mitglieds

Franz Haug
Oberbürgermeister i.R.
Bernd Krebs
Rentner
Kai Sturfels
Rechtsanwalt in einer Anwaltssozietät
Dr. Kay Zerlin
Oberregierungsrat im Ministerium für
Innovation, Wissenschaft und Forschung
Julia Freiwald
Rentnerin

Heinz-Eugen Bertenburg
Pensionär
Birgül Ünlü
selbst. Gastronomin

Vertreter der Dienstkräfte:

Sandra Klingelhöller
Kristian Winkelhoch
Lothar Krause
Manuel Drewes
René Tzschabran

Stellvertreter:

Iris Preuß-Buchholz
MdL

Martin Bender
Personalreferent in einem
kommunalen Versorgungsunternehmen

Rolf Jacobi
Rentner
Frank Schütz
selbst. Immobilienkaufmann
Rainer Bohm
Rechtsanwalt in einer Anwaltssozietät
Heinz Schreiber
Rentner

Ursula Linda Zarniko
Referentin im Ministerium für Klimaschutz, Umwelt,
Landwirtschaft, Natur- und Verbraucherschutz
Jürgen-Hugo Hans
Pensionär

Bettina Schilske
Peter Frank
Carsten Buder
Stefan Bensberg
Frank Dehl

Vorstand

Lothar Heinemann, vorsitzendes Mitglied (bis 31.12.2012)

Stefan Grunwald, vorsitzendes Mitglied (ab 01.01.2013)

Manfred Kartenberg, Mitglied

Harald Samorey, Mitglied (freigestellt ab 01.04.2013)

Stellvertretendes Vorstandsmitglied gem. § 19 Abs. 1 SpkG NW *

Detlef Wagner

* nicht berücksichtigt im Rahmen der Angaben gemäß § 285 Satz 1 Nr. 9 HGB i.V. mit § 286 Abs. 4 HGB

Bezüge der Mitglieder der Aufsichtsgremien

Den Mitgliedern des Verwaltungsrats (einschließlich stellvertretende Mitglieder) wurde für ihre Tätigkeit in dem Aufsichtsgremium der Sparkasse einschließlich seiner Ausschüsse (Bilanzprüfungsausschuss, Hauptausschuss und Risikoausschuss) ein Sitzungsgeld von 281,21 Euro je Sitzung gezahlt; die Vorsitzenden erhalten jeweils den doppelten Betrag. Außerdem erhalten die ordentlichen Mitglieder des Verwaltungsrats für die Tätigkeit im Verwaltungsrat bzw. Risikoausschuss einen jährlichen Pauschalbetrag von 1.533,88 Euro; die Vorsitzenden erhalten jeweils den doppelten Betrag.

In Abhängigkeit von der Sitzungshäufigkeit und -teilnahme ergaben sich damit im Geschäftsjahr 2012 folgende Bezüge der einzelnen Mitglieder:

Bender	6.442,28 Euro
Bertenburg	3.502,35 Euro
Feith	13.172,66 Euro
Freiwald	2.939,93 Euro
Haug	9.382,21 Euro
Krebs	4.064,77 Euro
Sturmfels	3.221,14 Euro
Uibel	3.502,35 Euro
Ünlü	4.167,80 Euro
Zerlin	5.879,86 Euro
Drewes	2.658,72 Euro
Klingelhöller	4.345,98 Euro
Krause	5.879,86 Euro
Tzschabran	3.502,35 Euro
Winkelhoch	3.502,35 Euro
Preuß-Buchholz (stv. Mitglied)	562,42 Euro
Schreiber (stv. Mitglied)	281,21 Euro
Zarniko (stv. Mitglied)	281,21 Euro
Bensberg (stv. Mitglied)	843,63 Euro
Buder (stv. Mitglied)	281,21 Euro

Freiwillige Veröffentlichung von Bezügen

Das Vorstandsmitglied Manfred Kartenberg hat sich zu einer freiwilligen Veröffentlichung seiner Bezüge ab dem Jahresabschluss 2012 bereit erklärt.

Die Bezüge von Herrn Kartenberg richten sich nach den Empfehlungen der nordrhein-westfälischen Sparkassen- und kommunalen Spitzenverbände.

Seine gesamten Bruttobezüge betragen im Kalenderjahr 2012 301,6 Tsd. Euro. Leistungsbezogene Zusatzvergütungen, Bonifikationen, Tantiemen o. ä. wurden nicht gezahlt.

Davon abgeführt wurden an Lohnsteuer, Kirchensteuer, Solidaritätszuschlag und Arbeitnehmeranteilen zur Renten- und Arbeitslosenversicherung 153 Tsd. Euro. Somit verblieb ein Netttojahresgehalt von 148,6 Tsd. Euro vor Abzug von Kranken- und Pflegeversicherungsbeiträgen.

Weitere Vergütungen (z. B. aus Aufsichtsrats- und Beiratstätigkeiten) sind vollständig der Sparkasse zugeflossen.

Den Mitgliedern des Vorstands wurden Kredite (einschließlich Haftungsverhältnisse) in Höhe von 437,0 Tsd. Euro gewährt.

Den Mitgliedern des Verwaltungsrats (einschließlich stellvertretende Mitglieder) wurden im Geschäftsjahr Kredite (einschließlich Haftungsverhältnisse) in Höhe von insgesamt 3.598,6 Tsd. Euro ausgereicht.

Für die früheren Mitglieder des Vorstands und deren Hinterbliebene wurden Versorgungsbezüge von 388,9 Tsd. Euro gezahlt. Für diese Personengruppe bestehen Pensionsrückstellungen in Höhe von 6.107,1 Tsd. Euro.

Das Vorstandsmitglied Manfred Kartenberg ist Mitglied im Aufsichtsrat der Stadtwerke Solingen GmbH.

Solingen, 05. April 2013

Vorstand

Grunwald

Kartenberg

Wagner

BESTÄTIGUNGSVERMERK DES ABSCHLUSSPRÜFERS

Wir haben den Jahresabschluss - bestehend aus Bilanz, Gewinn- und Verlustrechnung sowie Anhang - unter Einbeziehung der Buchführung und den Lagebericht der Stadt-Sparkasse Solingen für das Geschäftsjahr vom 01.01.2012 bis 31.12.2012 geprüft. Die Buchführung und die Aufstellung von Jahresabschluss und Lagebericht nach den deutschen handelsrechtlichen Vorschriften liegen in der Verantwortung des Vorstandes. Unsere Aufgabe ist es, auf der Grundlage der von uns durchgeführten Prüfung eine Beurteilung über den Jahresabschluss unter Einbeziehung der Buchführung und über den Lagebericht abzugeben.

Wir haben unsere Jahresabschlussprüfung nach § 317 HGB unter Beachtung der vom Institut der Wirtschaftsprüfer (IDW) festgestellten deutschen Grundsätze ordnungsmäßiger Abschlussprüfung vorgenommen. Danach ist die Prüfung so zu planen und durchzuführen, dass Unrichtigkeiten und Verstöße, die sich auf die Darstellung des durch den Jahresabschluss - unter Beachtung der Grundsätze ordnungsmäßiger Buchführung - und durch den Lagebericht vermittelten Bildes der Vermögens-, Finanz- und Ertragslage wesentlich auswirken, mit hinreichender Sicherheit erkannt werden. Bei der Festlegung der Prüfungshandlungen werden die Kenntnisse über die Geschäftstätigkeit und über das wirtschaftliche und rechtliche Umfeld der Sparkasse sowie die Erwartungen über mögliche Fehler berücksichtigt. Im Rahmen der Prüfung werden die Wirksamkeit des rechnungslegungsbezogenen internen Kontrollsystems sowie Nachweise für die Angaben in Buchführung, Jahresabschluss und Lagebericht überwiegend auf der Basis von Stichproben beurteilt. Die Prüfung umfasst die Beurteilung der angewandten Bilanzierungsgrundsätze und der wesentlichen Einschätzungen des Vorstandes sowie die Würdigung der Gesamtdarstellung des Jahresabschlusses und des Lageberichts. Wir sind der Auffassung, dass unsere Prüfung eine hinreichend sichere Grundlage für unsere Beurteilung bildet.

Nach unserer Beurteilung aufgrund der bei der Prüfung gewonnenen Erkenntnisse entspricht der Jahresabschluss den gesetzlichen Vorschriften und vermittelt unter Beachtung der Grundsätze ordnungsmäßiger Buchführung ein den tatsächlichen Verhältnissen entsprechendes Bild der Vermögens-, Finanz- und Ertragslage der Sparkasse. Der Lagebericht steht in Einklang mit dem Jahresabschluss, vermittelt insgesamt ein zutreffendes Bild von der Lage der Sparkasse und stellt die Chancen und Risiken der zukünftigen Entwicklung zutreffend dar.

Düsseldorf, den 31. Mai 2013

Prüfungsstelle des
Rheinischen Sparkassen- und Giroverbandes

Vietze
Wirtschaftsprüfer

IMPRESSUM

Text und Inhalt
Druck

Stadt-Sparkasse Solingen
M + M Blümel GmbH + Co. KG

NOTIZEN

NOTIZEN
